

Das Abonnement
auf dies mit Ansnahme der
Sonne täglich erscheinende
Blatt beträgt vierthalbjährlich
für die Stadt Polen 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.
für ganz Preußen 1 Thlr.

24 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 14. Dezbr. Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs Allernächst geruht: Dem Polizei-Math Goldheim zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Kaiser von Russland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens zweiter Klasse zu ertheilen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 13. Dezbr. Mittags. Das bei der Verurtheilung Richters festgesetzte Strafmaß besteht in einem monatlichen, durch zwei Faststage verschärften Kerker und Erlegung des dem General Ehnatten geschenkten Betrages an den Wiener Armenfonds.

Karlsruhe, Donnerstag 13. Dezbr. Gestern sind die Bevollmächtigten der Rheinufer-Staaten zur Unterzeichnung einer Konvention, durch welche die Rheinzölle bedeutend ermäßigt werden, zusammengetreten.

London, Donnerstag 13. Dezbr. Die Kaiserin Eugenie ist gestern Abend abgereist, hat in Folkestone übernachtet und heute Morgen ihre Reise nach Boulogne fortgesetzt.

Die heutige "Morning Post" meldet, daß die Hochzeit der Prinzessin Alice erst im Jahre 1862 stattfinden werde.

(Eingeg. 14. Dezember 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. (Berlin, 13. Dez. [Vom Hofe; Tagessachen.] Heute Nachmittag 2 $\frac{1}{2}$ Uhr ist der Prinz-Regent von den Hoffjagden in der Leißlinger Forst in erwünschtem Wohlsein mittelst Extrazuges hierher zurückgekehrt. In seiner Begleitung befanden sich die Prinzen Friedrich Wilhelm, Karl und Friedrich Karl, der Prinz August von Württemberg, die beiden Fürsten Radziwill, der General-Feldmarschall v. Wrangel, die Minister v. Auerswald, v. Patow, v. Schleinitz, Graf Schwerin, Graf Pückler und v. Roon, der Hofmarschall Graf Pückler, der Vize-Oberjägermeister Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, der Generalmajor v. Manteuffel, welcher heute Morgen dem Prinz-Regenten bis Magdeburg entgegengefahren war und ihm während der Rückfahrt den Militärvortrag gehalten hatte, der Generalmajor v. Alvensleben und die Adjutanten Oberst v. Boyen und Oberstleutnant v. Schimmelmann. Von Potsdam aus befanden sich auch in der Begleitung des Prinz-Regenten die Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm und der Prinz Friedrich, welche Mittags nach Potsdam gefahren waren und der Königin einen Besuch abgestattet hatten. Bei der Ankunft des Zuges auf dem Potsdamer Bahnhofe waren der Polizeipräsident v. Beditz und der Stadtkommandant, Generalleut. v. Alvensleben, anwesend. Der Prinz-Regent fuhr vom Bahnhofe mit dem Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm ins Palais, wo er von seiner Gemahlin, dem Fürsten von Hohenzollern und der Herzogin von Sagan empfangen wurde. Bald darauf nahmen die hohen Herrschaften zusammen das Diner ein. Der Großherzog von Sachsen-Weimar, der Herzog von Altenburg und der Erbprinz von Anhalt-Dessau, welche an den Hoffjagden in der Leißlinger Haide teilgenommen hatten, verabschiedeten sich heute bei der Ankunft in Magdeburg und begaben sich nach Weimar, Altenburg und Dessau zurück. Die Hoffjagden sollen bei dem starken Wildstande in der Leißlinger Forst eine reiche Beute geliefert haben. Ein Theil des erlegten Wildes kam schon heute mit dem Extrazuge hier an. Dasselbe ist meist von Händlern angekauft worden. In dem Besitz der hohen Herrschaften befanden sich schöne und seltene Gewebe.

Nach der Rückkehr des Prinz-Regenten erwartet man jetzt mit Ungeuld die Ernennung des neuen Justizministers. Natürlich schweigen mit der Ernennung des neuen Kabinetsmitgliedes die Wünsche noch lange nicht, doch trägt man sich mit der Hoffnung, daß es mit ihrer Erfüllung schneller geben werde, wenn sich nur erst das Portefeuille des Justizministers in anderen Händen befindet. Schon morgen soll das Staatsministerium wieder zu einer Versammlung zusammentreten. — Wie bekannt, wird das Gebäude des Finanzministeriums durch einen Um- und Neubau bedeutend erweitert und sind darum schon die meisten Büros seit langer Zeit anderweitig untergebracht. Jetzt ist dieser Bau so weit vorgeschritten, daß bereits die Überdachung hat ausgeführt werden können und nunmehr der innere Ausbau beginnt. Ist dieser vollendet, so kommt der dem Giebthause gegenüber gelegene Seitenflügel an die Reihe, nachdem zuvor die in demselben befindlichen Büros in die neuen Räume verlegt worden sind. Zu Michaelis 1861 soll das Gebäude in seiner neuen Gestalt fertig dastehen. Während dieses großen, umfangreichen Baues hat der Finanzminister v. Patow seine Dienstwohnung nicht verlassen. Wie ich heute höre, betragen die Baukosten über 100,000 Thaler; anderweitig wird behauptet, daß diese Summe noch zu niedrig gegriffen sei. Und dabei kommt dieses Gebäude noch immer nicht dem Hotel des Handelsministeriums gleich, das bekanntlich die schönsten und größten Räume enthält. — In fast allen kommerziellen Kreisen hört man schon jetzt Klageleider über schlechte Geschäfte. Obwohl das Weihnachtsfest vor der Thür, so fehlen noch die Käufer und auch die Bestellungen von außerhalb bleiben aus. Man kann in der That täglich die Wahrnehmung machen, daß die herrlich ausgestatteten Läden wahnsinnig erschreckend leer bleiben. — Bei den Nachwahlen für

die Stadtverordnetenversammlung kam am 5. Dezbr. der Fall vor, daß die beiden aufgestellten Kandidaten eine gleiche Anzahl von Stimmen hatten. Heute Vormittag wurden nun im Rathause die Namen derselben in eine Urne gethan; der Wahlkommissarius, Stadtrath Dr. Woeniger, zog das Los und dies war dem Kandidaten der konservativen Partei günstig; der bekannte Literat Streckfuss blieb in der Urne zurück.

[Die Küstenbefestigung.] Die Vorbereitungen zur Befestigung der preußischen Ostseeküste sind, soweit dieselben nicht schon in Ausführung gesetzt worden, sicherlich vernachlässigt worden, und werden die betreffenden Arbeiten mit dem nächsten Frühjahr ihren Anfang nehmen. Um die Kräfte nicht zu zerstreuen, sollen übrigens, wie verlautet, die unmittelbaren Befestigungen vorläufig nur auf die wichtigsten Seeplätze beschränkt werden, welche alle ohnehin Festungen sind, und deren Werke deshalb nur nach der Wassersseite noch verstärkt zu werden brauchen. Bei Königsberg dürfen die Anlagen hierzu durch die von vornherein auf die Seebefestigung mit berechneten neueren Festungsbauten als der Vollendung nahe bezeichnet werden, weniger ist dies hingegen bei Danzig und Stettin der Fall, wo die verhältnismäßig nur schwachen Vorwerke beider festen Plätze, Weichselmünde und Swinemünde, noch bedeutender Erweiterungen bedürfen, um gegen einen ernsten Angriff von der Seeseite gesichert zu erscheinen. Kolberg ist durch die vorliegenden Dünen gegen die See ziemlich geschützt, die größten Anstrengungen jedoch fordert Stralsund, dessen Befestigungen, als der bei der älteren Kriegsführung zum wenigsten ausgesetzten preußischen Festung früher ziemlich vernachlässigt worden sind, und das durch die ihm vorliegende, zur Zeit noch beinahe ganz schutzlose Insel Rügen gerade zum meisten bedroht erscheint. Die Umwandlung des Sammunder Boddens auf Rügen zu einem Kriegshafen verspricht hierin für die Zukunft eine gänzliche Aenderung herbeizuführen und werden die für die Küstenbefestigung außerdem projektierten Eisenbahnenlinien, wie die damit in Verbindung stehende weitere Ausdehnung der eigentlichen Befestigungsanlagen der preußischen Küste späterhin jedenfalls eine verhältnismäßig große Sicherheit gewähren. Es bestätigt sich übrigens aus den in dem preußischen "Soldatenfreund" abgedruckten Ordres für die im vorigen Herbst bei Wittstock stattgehabten Manöver, daß denselben Theilweise die Idee einer größeren feindlichen Landung an der Ostseeküste zu Grunde gelegt war. Letzter ist die Befestigung der preußischen Küste allein aber noch nicht geeignet, einer solchen Gefahr die Spitze abzubrechen, sondern erst die schleunige Errichtung der Küstenbefestigungsfrage am Bundesstage könnte hierin eine durchgreifende Aenderung bewirken. Ohne die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung und die Einschließung Holsteins in diesen Befestigungsplan würde der preußisch-deutsche Küstenschutz nach dieser Richtung hin noch immer eine bedenkliche Lücke besitzen. (B. 3.)

[Demetrii.] Die "Pr. 3." schreibt: Schon wieder haben wir eine Nachricht der "B. Börsen-Ztg." zu berichten, infosfern sie versichert, die Regierung habe sich nunmehr definitiv bereit erklärt, die Gelder für die Ausführung eines 9 Meilen langen Kanals von Kammin nach Kolberg herzugeben. (S. gestr. 3.) Eine solche Einschließung ist, wie wir erfahren, weder getroffen noch von irgend einer Seite beantragt.

[Koalition gegen Österreich.] Nach sehr genauen und zuverlässigen Berichten aus Paris und Turin werden Verbindungen zwischen Frankreich, Italien und den Donauprätendentümern unterhalten, welche auf kriegerische Vorbereitungen in großem Maßstabe abzielen. Während Frankreich für sich allein wie nie zuvor gerüstet dasteht, gibt es mit vollen Händen Waffen und Munition unausgesetzt an Sardinien ab, und dieses wiederum versorgt die Donaupräidentümern mit Kriegsmaterial aller Art. So sind vor nicht langer Zeit fünf Schiffe mit Waffen beladen aus italienischen Kriegshäfen nach der unteren Donau geschickt worden. Louis Napoleon hat auf Ansuchen des Fürsten Cousta 12 Offiziere als Instruktoren der moldau-walachischen Armee abgesandt und Offiziere Coustas sind nach Italien kommandiert worden, um sich mit dem piemontesischen Kriegswesen bekannt zu machen. Der gegenseitige Austausch erstreckt sich auf Alles, was dem gemeinsamen Zweck dient, und dieser Zweck ist leicht zu errathen: es soll, möglicherweise in nicht ferner Zeit, gleichzeitig mit dem Angriffe auf Venetien ein großer Schlag im Rücken des franco-sardinischen Gegners erfolgen; man will Österreich von möglichst vielen Seiten sich schöne und seltene Gewebe.

Nach der Rückkehr des Prinz-Regenten erwartet man jetzt mit Ungeuld die Ernennung des neuen Justizministers. Natürlich schweigen mit der Ernennung des neuen Kabinetsmitgliedes die Wünsche noch lange nicht, doch trägt man sich mit der Hoffnung, daß es mit ihrer Erfüllung schneller geben werde, wenn sich nur erst das Portefeuille des Justizministers in anderen Händen befindet. Schon morgen soll das Staatsministerium wieder zu einer Versammlung zusammentreten. — Wie bekannt, wird das Gebäude des Finanzministeriums durch einen Um- und Neubau bedeutend erweitert und sind darum schon die meisten Büros seit langer Zeit anderweitig untergebracht. Jetzt ist dieser Bau so weit vorgeschritten, daß bereits die Überdachung hat ausgeführt werden können und nunmehr der innere Ausbau beginnt. Ist dieser vollendet, so kommt der dem Giebthause gegenüber gelegene Seitenflügel an die Reihe, nachdem zuvor die in demselben befindlichen Büros in die neuen Räume verlegt worden sind. Zu Michaelis 1861 soll das Gebäude in seiner neuen Gestalt fertig dastehen. Während dieses großen, umfangreichen Baues hat der Finanzminister v. Patow seine Dienstwohnung nicht verlassen. Wie ich heute höre, betragen die Baukosten über 100,000 Thaler; anderweitig wird behauptet, daß diese Summe noch zu niedrig gegriffen sei. Und dabei kommt dieses Gebäude noch immer nicht dem Hotel des Handelsministeriums gleich, das bekanntlich die schönsten und größten Räume enthält. — In fast allen kommerziellen Kreisen hört man schon jetzt Klageleider über schlechte Geschäfte. Obwohl das Weihnachtsfest vor der Thür, so fehlen noch die Käufer und auch die Bestellungen von außerhalb bleiben aus. Man kann in der That täglich die Wahrnehmung machen, daß die herrlich ausgestatteten Läden wahnsinnig erschreckend leer bleiben. — Bei den Nachwahlen für

Bonn, 12. Dezbr. [Universitätsfreizeit.] Das Amtliche Verzeichniß des Personals und der Studirenden auf der Königl. Rhein. Fr. Wilh. Universität hier selbst gibt die Zahl der letzteren auf 850 an, wovon auf die evangelisch-theologische Fakultät 76, auf die katholisch-theologische 240, auf die juristische 128, auf die medizinische 109, auf die philosophische 282 kommen. Der letzteren gehört dabei die 63 Studirenden der höheren landwirtschaftlichen Lehranstalt in Poppelsdorf an. Die Zahl der Studirenden der Universität hat sich demnach gegen den letzten Sommer um 18 vermehrt, und zwar in der Weise, daß die Vermehrung besonders der philosophischen, aber auch der evangelisch-theologischen Fakultät zu Gute kommt.

Königsberg, 13. Dezbr. [Ein Protest.] Wie eigentlich verwirkt die Verhältnisse in Ungarn sein müssen, daß geht deutlich daraus hervor, daß zwei Universitätsprofessoren der medizinischen Fakultät in Pesth, die H. Peters und Brühl, sich mit einem Protest an die hiesige medizinische Gesellschaft gewandt gegen das von ihrer Regierung ihnen auferlegte Verbot, Vorlesungen in

Inserate
(1 $\frac{1}{2}$ Sgr. für die fünfgespannte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

deutscher Sprache zu halten. Da ihre Beschwerde bei ihrer Regierung kein Gehör gefunden, so legen die Herren bei den Vertretern und Trägern deutscher Wissenschaft hierorts wie außerwärts gegen den ihnen angethanen Zwang Protest ein. Und was soll das? (D. Red.)

Münster, 12. Dez. [Gedruckschrift.] Zwischen Willebadessen und Reineheide ist eine Abrutschung der Böschungswand des tiefen Einschnitts entstanden. Die abgerutschten Bodenmassen sind so bedeutend, daß trotz der angestrengtesten Arbeiten das Geleise bis jetzt nicht frei gemacht werden können. Züge müssen daher noch dort wechseln.

Österreich. Wien, 12. Dezember. [Das Programm Schmerlings; Vorgehen gegen Dänemark; Tagesnachrichten.] In gewissen Kreisen herrscht in diesem Augenblick eine große Bestürzung; man fühlt den Boden unter sich wanken und hat keine Macht, um den Sturz der Schöpfungen des letzten Dezzenniums aufzuhalten. Ein Werk derselben, das Konkordat, ist ernstlich bedroht; Hr. v. Schmerling hat die Revision desselben, und zwar durch den verstärkten Reichsrath, dringend verlangt. Letzterer soll jedoch nach dem Programm Schmerlings nicht, wie dies ursprünglich bestimmt war, aus 100, sondern aus 300 Mitgliedern bestehen, welche von den Landtagen nicht bloß in Vorschlag gebracht, sondern wirklich ernannt werden sollen. Die Wahlen zu den Landtagen aber sollen nicht auf Grundlage des ständischen Prinzipps, sondern auf Grundlage eines Steuerzensus vorgenommen werden. Hr. v. Schmerling soll eine sehr bedeutende Opposition gefunden haben, als er diese Vorschläge aufstellte, und ist es nur zu wünschen, daß er auch fernerhin die Energie entfalten möge, welche er in den letzten Tagen bewiesen hat, als es sich darum handelte, sein Programm von dem Kaiser genehmigt zu sehen. Hr. v. Schmerling wird viele unberechtigte Einflüsse zu bekämpfen haben, und er wird einer großen Willenskraft bedürfen, um seine Ideen durchzusetzen. Die Biedereinführung der Strafprozeßordnung vom Jahre 1850 steht um so weniger zu bezweifeln, da diese das Werk Schmerlings ist. Hervorgehoben verdient noch zu werden, daß er auch im Zivilprozeß das mündliche Verfahren einzuführen die Absicht hat.

Graf Goluchowski gedenkt Wien schon in den nächsten Tagen zu verlassen. — Wie der "Oestr. Ztg." mitgetheilt wird, hat der beim dänischen Hof ernannte österreichische Gesandte, Baron Brenner, bei seiner Abreise nach Kopenhagen vom Grafen Rechberg die bestimmtesten Instruktionen erhalten, die Lösung der holstein-lauenburgischen Frage bei dem dänischen Kabinette mit allem Nachdruck zu betreiben. Sicherer Vernehmen nach sind nun in den letzten Tagen vom Baron Brenner aus Kopenhagen darauf bezügliche Depeschen angelangt, welche die Mittheilung enthalten, daß die österreichischen seitens gemacht Schritte auch vom preußischen Gesandten die kräftigste Mitwirkung finden, um diese Angelegenheit einem erwünschten Ende zuzuführen. — Der Erzherzog Ferdinand Marx wird in Begleitung der Erzherzogin Charlotte im Laufe des Winters eine Exkursion nach Madeira unternehmen, um der Kaiserin Elisabeth einen Besuch abzustatten. — Der Kaiser hat verflossene Woche den Podesta von Triest, Ritter v. Tommasini, in einer Audienz empfangen und das durch ihn unterbreitet Gesuch, der Triester Gemeinde die Rekrutirung für das Jahr 1861 nachzusehen, genehmigt, weil die Zahl der Freiwilligen daselbst vollständig jene der zustellenden Recruten deckt. — Durch die Aenderungen, welche im Organismus der dem Staatsministerium unterstehenden politischen Behörden mit Ausnahme jener des lombardisch-benetianischen Königreichs eingetreten sind, wurden 502 politische Beamte in den Stand der Verfügbarkeit versetzt. In Folge der seit der bezüglichen Disponibilitätsklärung getroffenen Besetzungen und sonstigen Personalverfügungen hat sich die Zahl dieser Beamten der Art vermindert, daß gegenwärtig nur noch 165 ihrer definitiven Wiederanstellung entgegensehen. — Der Kaiser hat der leopoldinisch-karolinen Akademie der Naturwissenschaften, welche jetzt ihren Sitz in Jena hat, eine Unterstützung von 2000 fl. zugehen lassen.

[Österreichs Stellung zur kurhessischen Verfassungsfrage.] In der Voraussicht der jetzt in Kassel eingetretenen Eventualität hat die kurfürstliche Regierung sich schon vor einigen Wochen mit der vertraulichen Bitte um Rath hierher gewendet. Man hat sich vor der Hand auf die Mahnung beschränkt, nichts zu überstürzen, im Uebrigen aber, augenscheinlich schon unter dem Eindruck der neu zu inaugurienden Politik, ohne Umwiche zu erkennen gegeben, daß die ganze Sachlage darnach angethan sei, im Interesse sowohl der kurfürstlichen Regierung selbst, als des Friedens in Deutschland im Allgemeinen, Mittel und Wege zu suchen, soweit es unbeschadet der Autorität und Würde der Regierung geschehen könnte, Anknüpfungspunkte zu einer Verständigung auf der Grundlage der alten Verfassung zu gewinnen, und es ist schließlich anheimgegeben, zu erwägen, inwiefern vielleicht durch die Vermittlung Preußens solche Anknüpfungspunkte am ersten sich auffinden ließen. (Und solchen Rath hätte wirklich Graf Rechberg, dessen frühere Stellung zur hessischen Frage doch wohl schwerlich schon vergessen ist, ertheilt? Das wäre eine Elastizität und Akommenfähigkeit des Ministers, die, wenn nicht Bewunderung, doch Verwunderung erregen könnte. D. Red.) Die kurfürstliche Regierung werde natürlich niemals gegen einen gültig gefaßten Bundesbeschlusß zu handeln befugt sein, wohl aber außerhalb der Sphäre dieses Bundesbeschlusses ohne Zweifel Raum genug zu einer allseitig befriedigenden Lösung finden. (Der gute Rath ist wieder, wie so mancher andere, nicht befolgt worden. D. Red.) Seither ist aus Kassel keine Rückäußerung darauf erfolgt. (B. 3.)

[Tagesnachrichten.] Aus Siebenbürgen wird bei dem Kaiser um Wiederherstellung des Sachsenlandes und der

früheren Verfassung desselben petitionirt. Der Kronstädter und der Hermannstädter Adressen ist schon Erwähnung geschehen, die „Presse“ veröffentlicht nun auch den Wortlaut der aus der Schäfburger Kommunität abgegangenen Petition. — In Maros-Básárhely waren am 2. Dez., wie den „N. N.“ geschrieben wird, von unbekannter Hand an verschiedenen Orten der Stadt Drohbriefe angeheftet, in welchen Sedermann und hauptsächlich die Israeliten unter Androhung der furchterlichsten Rache vor der Bekehrung an öffentlichen Versteigerungen gewarnt werden, deren Objekte Zugvieh, Pferde u. s. w. wären, die von den Behörden wegen rückständiger, und in den Maueranschlägen als ungesehlich erklärter Steuerbeträge exequir würden. — Aus Prag, 10. d. M., wird gemeldet: „Heute Mittags hat sich hier ein furchtbarer Unglücksfall ereignet. Ein im Bau begriffenes dreistöckiges Haus am Grünmarkt ist nach Innen zusammengezurzt. Leider erfolgte der Einsturz kurz vor 12 Uhr, also zu einer Zeit, wo sämtliche Arbeiter noch am Bau beschäftigt waren. Wir kennen noch nicht den vollen Umfang des Unglücks, doch erfahren wir, daß bald nach dem Zusammensturz drei Leichen aus dem Schutt hervorgezogen wurden.“ — Ein Lemberger Literat ist von der Staatsbehörde in Anklagestand versetzt worden, weil er in einer Novelle den Beamtenstand, und besonders die Censur, lächerlich mache. Die Verhandlung wird um so interessanter sein, als einer der tüchtigsten Advokater in Lemberg die Bekehrung übernahm. — Der in Krakau übel zugereichte Gymnasial-Inspektor Czerlawski ist vor mehreren Tagen in Lemberg angekommen, und wurde mit einer Art Karrenmusik begrüßt. Der „Dorf. Z.“ zufolge ist die Pensionierung dieses übrigens tüchtigen Schulmannes beabsichtigt. — Wegen der Differenzen, die sich zwischen den Ungarn und den Kroaten bezüglich des Besitzes der Mur-Insel erhoben, hat der Ban ein Regiment Grenzer dahin kommandiert. — Das in Lemberg erscheinende Journal „Przeglad“ hat eine Verwarnung erhalten.

Pesth, 10. Dez. [Über die Generalversammlung des Pesth-Pilis-Sólt Komitats] wird der „Schl. Z.“ geschrieben: Mit dem heutigen Zusammentritt der General-Kongregation des Pesth-Pilis-Sólt Komitats wäre denn die neue Ordnung feierlichst inauguriert, und es wird nach den beklagenswerten Ereignissen der letzten Wochen nicht überflüssig sein, wenn ich zunächst melden, daß der Tag bis zu dieser Stunde wenigstens (5 Uhr Nachmittags) ohne jegliche Störung der öffentlichen Ruhe vorübergegangen ist. Die Stimmung ist eine feierlich geschäftige; man trifft Vorbereitungen zu einer Beleuchtung, zu Fackelzügen und andern freudigen Demonstrationen; dreifarbig Fahnen wehen von den Häusern, Kostarden mit der Jahreszahl 1848 schmücken die Hütte und in der Nähe des Stadthauses ist das Treiben lebhafter, als sonst. Dort, wo die Kongregation zum ersten Mal seit zwölf Jahren wieder tagt, hörte man jubelnd die Erklärung des Obergepanns vom Balkon herab verkündigen, daß die Gesetze vom Jahre 1848 der einzige Ausgangspunkt der neuen Entwicklung Ungarns sein sollen. Ein neues Komitee von 90 durchaus liberalen Mitgliedern wurde an die Stelle der permanenten Kommission von 1848, welche ihre Funktionen niederlegte, gewählt. Die Debatten wurden, Dank der freien Zeitung der Verhandlungen durch Baron Nyáry, durchaus leidenschaftlos geführt und konnte dieser parlamentarische Charakter um so besser bewahrt werden, als man schon gestern in einer Vorberathung zu einer Verständigung über die wesentlichsten Punkte gelangt war. Mitten in diese Feierlichkeiten fiel, ein eigenhümlicher Kontrast, das Leichenbegängniß eines ehemaligen Honvedmajors, dem eine unabsehbare Menge, an ihrer Spitze ein Honvedoffizier mit blozem Degen, das Geleite gab. Die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung war neben einigen andern munizipalen Organen auch der akademischen Jugend übertragen, welche in der nationalen Tracht und den Säbel an der Seite der ungewohnten Aufgabe schlecht und recht nachkam. — Der „Presse“ wird von ihrem Pesther Korrespondenten geschrieben:

So hat denn das erste Komitat des Landes nach einer zwölfsährigen Unterbrechung wieder einmal eine Generalversammlung gehabt! Sie wissen, daß schon die bloße Einberufung einer „Generalversammlung“ einer vollständigen Nichtbeachtung der Instruktionen gleichkommt, da diese den Obergepannen ausdrücklich vorschreiben, sich zur Reorganisierung der Komitate mit Vertrauensmännern zu umgeben, nicht aber wie es der Artikel XVI. von 1848 verlangt, an die Generalkongregation zu appellieren. Die nämliche stillschweigende Beisetzung der Hofkanzleiinstruktionen bildete auch für die heutige Berathung der Versammlung den kennzeichnenden Charakterzug: man hielt sich nicht dabei auf, gegen jene Vorschriften zu protestiren, sondern ignorirte sie einfach, und nicht Eine Stimme erhob sich, die auch nur an ihre Existenz gemahnt hätte. Daß allenfalls, trotz der großen Belebtheit der Straßen und trotz des vor dem Komitatshause herrschenden Gedränges, in welchem die eben ernannten Konstabler zum ersten Mal ihre Tätigkeit entfalteten, eine mustergähte Ruhe und Ordnung herrschte, wissen Sie bereits. Mit jeder Stunde mehrt sich die Zahl der mächtigen Trikoloren, die aus den Fenstern und von den Balkonen hinabwirken, und in Nationalkordinen, die in der Rosette die Jahreszahl 1848 tragen, hat ein Spielwarenhändler, der zuerst auf den industriellen Gedanken kam, sie zu fabrizieren und anzubündigen, ein so enormes Geschäft gemacht, daß er davon schon bis gestern Mittag 5000 Stück abgesetzt haben soll. Innerhalb der Mauern des Komitatshauses konnte schon lange vor 10 Uhr, der für den Beginn der Berathungen festgesetzten Stunde, kein Mensch mehr Einlaß erzwingen; der Saal und seine Galerien waren mehr als überfüllt. Die Zahl der Abgeordneten ist mit 500 schwerlich überschätzbar. Waizen allein hatte fünf geziichtet. Sie drängten sich in buntem Gewisch, Kopf an Kopf, durcheinander; an der oft überreichen Nationaltracht der Magnaten, an dem hochadeligen Grundherrn in seinem Galagewande stieß sich die Sonntagsjacke des Bauern, die kaum etwas anderes, als die höhere Menge der Knöpfe von derjenigen des schwäbischen Landmannes unterscheidet. Bald nach 10 Uhr erschien der Administrator, Graf Stephan Karolyi, von rauschenden Ejen's der Versammlung begrüßt, in dem vollgeprusteten Saale, und bewilligte die Anwesenden mit einer aus wenigen Worten bestehenden Rede. Er neigte, sagte er, heute denselben Platz wieder ein, den er vor zwölf Jahren innegehabt; jetzt wie damals seien die Gesetze des Jahres 1848 keine Devise; „sie“, fügte er hinzu, „bilden den Schild und Port unserer Freiheit; indem wir diesem Leitstern folgen, werden wir unser Ziel erreichen, welches nichts anderes ist, als die gesicherte verfassungsmäßige Freiheit, ich erneure hiermit den Eid, den ich vor zwölf Jahren auf jene Gesetze abgelegt.“ Endloser Jubel begleitete den Schluß der mit feierlichem Stillschweigen angehörten Ansprache... und damit waren die Instruktionen der Hofkanzlei d. h. dieseigenen Dokumenten, welches sich entschieden auf den Standpunkt vom 20. Oktober gestellt, für unser Komitat todt und begraben. Man kümmerte sich um dies Stück Papier so wenig, wie um den Mann im Wonne; man lebte von da ab so vollständig in dem Jahre 1848, daß es niemand auch nur für notwendig erachtete, etwas so Selbstverständliches noch erst in Form einer Revolution ausdrücklich zum Beschlusse der Versammlung zu erheben. Die Ansprache des Administrators erwiederte der erste Begegnung von 1848, der vielgenannte Paul Nyáry, den überhaupt als Leiter der Verhandlungen fungierte. Er war stets darauf bedacht, jeden Versuch, die Debatten auf ein leidenschaftliches Terrain hinüberzuspulen, vor vornherein zurückzuweisen; er erreichte seinen Zweck vollkommen, indem er jeden Redner streng bei dem einen Thema festhielt, welches die einzige Aufgabe der heutigen Kongregation ausmachte. Mit ebenjoviel Umsicht wie Bestimmtheit segte er jeder Abschweifung beharrlich die Verurteilung auf das Rundschreiben des Administrators entgegen, welches die alteineige Mission der Versammlung dahin definierte: das 1848 installierte ständige Komitee,

welches die Gesamtheit des Komitats zu repräsentiren hat, zu ergänzen. Ja, als am Schluß der Sitzung verlangt wurde, die Kongregation solle das dem Komitat gehörende Recht, unlösbare Verordnungen der Behörden zu perhorreszieren, ausdrücklich auf den permanenten Ausschuß übertragen, wies Nyáry auch dies Ansinnen kurzweg mit der Bemerkung zurück, es habe nach dem 1848er Gesetz niemand die Befugnis, das ständige Komitee durch Institutionen zu binden. Nach Nyáry stellte Mariaffy den Antrag: Es möge das Komitat ohne Verzug sein Wissen da wieder aufnehmen, wo es vor 12 Jahren stehen geblieben sei; möge das permanente Komitee und die sämtlichen Beamten von 1848 als wieder eingezogen erklären, und dies sein Vorgehen den übrigen Komitaten in einem besonderen Circulare anzeigen. Hiergegen griff indeß Hallász mit den gewichtigen Bedenken durch, die er in bündiger Rede dafür resumirte: Seit 1848 sei viel geschehen, habe vielerlei sich verändert; mancher der damaligen Beamten habe sich nicht bewährt; früher habe die Restauration zur Erneuerung sämtlicher Behörden regelmäßig von Triennium zu Triennium stattgefunden, wie denn wollte man jetzt in Pausch und Bogen zu den Männer von 1848 zurückgreifen? Er seinerseits stimme, um jeden Auschein von Inquisition zu vermeiden, keineswegs für eine Purifizierung der damaligen Beamten, sondern für frische Wahlen; doch müßten, um den Standpunkt von 1848 festzuhalten, vorher die Beamten und Amtschäftsmänner von 1848 abanden. Als sich nun sofort von vielen Seiten der Ruf: „Ich danke ab!“ erhob, beschloß die Versammlung, daß alle öffentlichen Funktionäre von 1848 als Demissionäre zu betrachten seien. Von eigentlichem Kampfe war um so weniger die Rede, als man sich im Grunde bereits gestern in einer Vorkonferenz über die Herbeiführung dieses Endresultats verständigt hatte. Die Abgelegten jeder Gemeinde hatten nämlich eine Liste derjenigen Persönlichkeiten entworfen, welche ihre Mandatare zu Repräsentanten in dem permanenten Komitee zu haben wünschten. So war ein Katalog zu Stande gekommen, den der gewissermaßen als Notar der Kongregation antretende Herr Szánka jetzt mit lauter Stimme verlas. Freilich wurden, ungeachtet des gestrigen Kompromisses, bei diesem oder jenem Namen hier oder da Einwürfe laut; aber Nyáry verlangt es, die Protestierenden ziemlich schnell zum Schweigen zu verweisen, so daß man im Allgemeinen sagen kann, die Mitglieder des neuen ständigen Komitees seien von der Versammlung per Acclamation acceptirt worden. Laute Ejen's brachen aus, als der verdiente Graf Ladislaus Teleki, der in Paris weilte, zum Mitglied des Komitees ernannt ward; überdies beläuft sich die Zahl der Mitglieder, die meist der entschlossenen liberalen Richtung angehören, auf beinahe 900, d. h. auf reichlich doppelt so viel, wie die „Instruktionen“ als Maximalziffer festgesetzt haben. Die morgige zweite und letzte Sitzung der Generalkongregation hat lediglich die heute angenommene Liste zu verfixiren und endgültig zu sanktioniren.

[Die Lage in Ungarn.] Man kann dreist lügen, daß Ungarns nächste Geschichte sich binnen der vierzehn Tage, in deren Mitte wir heute etwa leben, wenigstens in so fern entscheiden werden, als sich, von etwaigen „untoward events“ abgesehen, während dieser Frist wahrscheinlich unwiderruflich feststellen wird, ob in der politischen Entwicklung des Landes eine definitive Wendung zum Guten oder zum Bösen eintreten soll, ob die Bevölkerung bei dem Abschiede des Winters vertrauensvoll auf ihren Landtag blicken, oder mit fiebrhaftem Pulsen der Invasion von Trieste und Nikitsch entgegenfahren wird. „Várjon és türjön!“ (warten wir ab oder versuchen wir's) ratthen heute die Einen, aber die Hitzköpfe haben die Antwort bereit: „Várjon és türjön!“ (warten wir bis Türr kommt!). Wer von Beiden die Oberhand behalten wird, das muß sich in kürzester Frist herausstellen; einstweilen bleibt uns nur der eine Trost, daß die Vorgänge der letzten Woche wieder einmal so recht handgreiflich gezeigt haben, wie die gefunden Elemente im Volk noch einstweilen unbedingt genug die Oberhand haben, um der Regierung eine Lösung der Krisis in einem konservativen Sinne nicht nur möglich, sondern auch verhältnismäßig leicht zu machen, wenn sie energisch und ehrlich an die rasche Erfüllung ihrer Pflicht geht. Am 6. d. hat die Landeshauptstadt binnen zwei Tagen die Reorganisation ihrer Kommune vollendet, soweit das von ihr abhängt, und dem Lavoritus die betreffenden Vorschläge unterbreitet, die ohne Zweifel sofort sanktionirt werden. Heute tritt im hiesigen Komitatshause die Generalkonferenz der vereinigten Komitate von Pesth, Pilis und Sólt zusammen, die aus etwa 500 Mitgliedern bestehen wird, um die alte Komitatsverwaltung wieder in Gang zu bringen. Am 17. endlich wird in Gran die Primatialkonferenz eröffnet, und wenn diese sich ein Beispiel nimmt an dem Vorgehen der Pesther Stadtgemeinde und des Pesther Komitats, wenn sie in einer oder zwei Sitzungen die Wahlgegenfrage erledigt und die Regierung zu bestimmen vermag, die Wahlen auf der Stelle auszuschreiben, jedes der schleunigsten Einberufung des Landtages entgegenstehende Hinderniß zu beseitigen... dann möchte ich noch heute die Behauptung wagen, daß die Revolution im Frühjahr, was Ungarn anbelangt, ohne Chancen, daß dann eine allseitige Verständigung im besten Zuge sein wird. Die Sache ist nur die: Wird man in Gran und Wien Lust haben, rechtzeitig die Voraussetzungen zu acceptiren, die zur Herbeiführung einer derartigen Wendung der Dinge unerlässlich sind? und sind jene Voraussetzungen solcher Natur, daß die Regierung sie sanktioniren kann?

Auf die letztere Frage antworte ich mit bestem Gewissen, ja!... und wenn ich die erstere auf sich beruhen lassen muß, so geschieht das nicht deshalb, weil ich die Erkenntniß, sondern weil ich den guten Willen des Kabinetts in Zweifel ziehe. Was Land und Volk einstimmig wollen, darüber ist eine Täuschung heute vollkommen unmöglich. Sie wollen die Gesetze von 1848... doch, unter uns gesagt, das ist die Lösung, die sich erst allmälig Bahn gebrochen hat und welche namentlich die Statute Goluchowskis mit ihrem herrlichen Wahlmodus großgezogen haben. Die sehr berechtigte Furcht, die starkköpfigsten Altkonservativen wie Szécsen, Széchenyi, Szögényi könnten uns auch ein solches Monstrum oströthten, hat die ganze Nation einmütig gemacht in dem Entschluß: an dem Wahlgefege von 1848 darf kein Iota geändert werden. In dieser Beziehung ist der Wille Ungarns ein so unbedingter, daß die Grauer Konferenz, wenn sie etwas anderes beschließt, nur gleich den Grafen Szécsen ersuchen mag, von dem Dekrete, das ihn zur eventuellen Verhängung des Belagerungsstatutes in Ungarn ermächtigt und was er in der Tasche zu haben beschreibt, Gebrauch zu machen. Wird dagegen von der Primatialkonferenz dem Lande rasch und ohne Zögern das Wahlgefege von 1848 zurückgegeben, so wird der Landtag nicht nur geneigt, sondern auch kräftig genug sein, um wegen derjenigen Artikel des Jahres 1848, welche die Regierung für absolut unvereinbar mit dem Fortbestande der Gesamtmonarchie erachtet, namentlich also wegen des eignen verantwortlichen ungarischen Ministeriums in Pesth paßtiren und einen Kompromiß eingehen zu können. Soweit dagegen die 1848er Gesetze lediglich gegen die vormärzlichen Privilegien des Adels gerichtet sind, sollte der Kaiser vernünftigerweise selber die Initiative für ihre Beibehaltung ergreifen, auch auf die Gefahr hin, mit dem Altkonservativen zu brechen und zur Partei Deal-Göröös greifen zu müssen. Hat denn nicht Bay bereits ein Auge zugeschnitten, wenn man seine Dekrete offen verlegt? Berufen die Obergäpne nicht allerwärts, so auch Stephan Karolyi für morgen bei uns, auf Grundlage des XVI. Artikels von 1848 Generalversammlungen ein, ohne sich an die Vorschrift der Instruktionen zu lehnen, in denen die Hofkanzlei ihnen befiehlt, sich nur mit Vertrauensmännern zu umgeben? War es nicht das erste Motiv

der Pesther Notabeln, als der neue Bürgermeister Rottenbiller sie auf dem Stadthause versammelte, sich einstimmig für den XXIII. Gesetzesartikel von 1848 zu erklären, der von den königlichen Kreisstädten handelt, und diesen, die bis zum März alle zusammen auf dem Landtage nur eine Kurialstimme besessen, eine vernünftige Verfassung verleiht? Es ist daher klar wie die Sonne, daß die Krone, wenn sie fortfährt, verrotteten Adelsvorrechten als Sturmbock dienen zu wollen, ganz zwecklos und lediglich zu eigenem Schaden, zur Freude der Revolutionäre und zum Kummer der wahren Freunde Desreichs wider den Stachel leckt. (Br. 3.)

Frankfurt a. M., 12. Dez. [Versammlung des Nationalvereins.] In der vorgestern Abend hier abgehaltenen, von circa 6—700 Personen besuchten Monatsversammlung von Mitgliedern des „Nationalvereins“ von hier und aus den Nachbarstädten Offenbach, Mainz, Wiesbaden, Hanau ic. erklärten wiederum zwischen 70—80 Offenbacher ihren Beitritt zum Verein. Sodann beschloß die Versammlung, den Mitgliedern der eben aufgelösten Zweiten Kammer in Kurhessen Dank und Anerkennung in einer Adresse auszusprechen, und wurde solche von 450 Anwesenden unterzeichnet. (Auch von vielen anderen Orten sind Adressen an die kurhessische Zweite Kammer gesandt worden.) Von den Rednern, die nach einander auftraten, verlangte einer aus Offenbach „Thaten“, worauf Advoat Mez aus Darmstadt in einem längeren Vortrag darzuthun bemüht war, daß der Nationalverein genug thue, wenn er das Volk aufzuklären versuche und vor Unberechtigkeit warne. Von besonderem Interesse war ferner die Mittheilung, daß die Darmstädter Zeitung einem Inserat, die Auferforderung zu Beiträgen für das Denkmal Stein's in Berlin, selbst für Zahlung der Insertions-Gebühren die Aufnahme verweigert hat.

Frankfurt a. M., 13. Dezember. [Schuhmaschinen] sind in Amerika schon seit mehreren Jahren im Gebrauch und auch in England sehr verbreitet. Seit einigen Jahren liefert auch die Schuhfabrik von Sylvain Dupuis u. Comp. in Paris mit Hilfe von Näh- und Nagelmachinen und einer 10pferdigen Drehkraft, Unmassen von Schuhen aller Art zur Ausfuhr, wie zum Gebrauch im eigenen Land, und macht dadurch der Handarbeit und dem kleinen Kapital eine höchst empfindliche Konkurrenz. Nach vielen bitteren Erfahrungen ist es endlich gelungen, eine Maschine für die Handarbeit zu erfinden, die für jede kleine Werkstatt brauchbar ist. Durch dieselbe wird die Sohle in Zeit von 3—4 Stunden mit Messingdraht angeheftet und vollständig fertig gemacht. Die Maschine macht die Schrauben, bohrt sie zu gleicher Zeit in das Leder fest und schneidet sie ab. Die Sohlen schließen dann so fest, daß unmöglich Nässe eindringen kann, auch können die Schrauben nicht herausfallen, wie dies bei Holz- und Drahtsöhlen sehr leicht vorkommt; die Haupsache ist aber die, daß ein Arbeiter in einem Tage 3 Paar Schuhe fertig machen kann, während beim Nähn wenigstens drei Tage nötig sind, daß also dadurch ein so gearbeitetes Paar Schuhe um 20—25 Proz. billiger zu stehen kommt. Eine solche Maschine ist durch Patent des Senates vom 2. April d. J. vom Schuhmachermeister G. W. Bauer hier selbst eingeführt und in Betrieb gesetzt worden.

Hessen. Kassel, 12. Dez. [Zur Verfassungsfrage.] Der Beschluß der Zweiten Kammer vom 8. d. hat neben der Unzulänglichkeitserklärung noch die wichtige Bedeutung, daß er endlich die lange im Ungewissen gebliebene Frage wegen des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 entschieden beantwortet hat. Es kann fernerhin nur noch von einer Landesvertretung nach diesem Gesetze die Rede sein; bevor dasselbe nicht auf verfassungsmäßigem Wege geändert worden ist, muß es als vollgültiger Bestandtheil der Staatsverfassung betrachtet und mit der Verfassungsurkunde von 1831 beharrlich erstritten werden. Es wäre daher zu wünschen, daß auch die Kammern und die sonstigen Gesinnungsgenossen anderer Staaten, welche uns ihren Beifall leihen wollen, sich in dieser Weise bestimmt aussprüchen. Thatsächliche Herstellung des gesamten Verfassungsrechts von 1831, 1848 und 1849; Berufung einer Ständeversammlung nach dem Gesetze vom 5. April 1849; Vornahme der nötigen Änderungen auf verfassungsmäßigem Wege; dies muß erstrebt, in dieser Reihenfolge muß vorgegangen werden. In anderer Weise kann dem Rechte kein Genüge geschehen. (N. 3.)

Schleswig, 11. Dezbr. [Gegen die deutsche Sprache.] Die Predigerwahl in Klipxbüll im Amt Lündern, für welche die Kirchenvorsteher bei dem schleswigschen Ministerium um Zulassung deutscher Wahlpredigten nachgesucht hatten, da notorisch nur eine sehr geringe Minorität der wahlberechtigten Eingesessenen eine dänische Predigt verstehen könne, hat nur doch unter Abhaltung von drei dänischen Predigten stattgefunden. Da man auch dänisch sang, weil dänische Gesangbücher in der Kirche vorgefunden wurden, so befreitigte sich die große Mehrzahl der Anwesenden weder am Gesange, noch an dem Wahlakt; nur die Minorität gab ihre Stimmen ab. Solche einzelne Züge aus unserem öffentlichen Leben sind sehr charakteristisch; es gibt deren manche. Dem Besitzer einer Gastwirtschaft im Flecken Lügumkloster im Amt Lündern, ward vor Kurzem vom Amt bedroht, er habe die deutsche Inschrift über seiner Haustür, „Gasthof“ zu entfernen, da es in einem dänischen Flecken höchst unangemessen sei, sich deutscher Inschriften zu bedienen. Bei der Neuwahl für die Stände ward Seitens derselben Amts der Bauervogt in Hünding abgesetzt, der dem nichtdänischen Kandidaten seine Stimme gegeben hatte. (N. P. 3.)

Großbritannien und Irland. London, 11. Dez. [Eindruck der Nachrichten aus China.] Die „Times“ sagt im Wesentlichen über das Ereignis der Einnahme von Peking: Die Kunde aus China, die wir nun ständig in detailierter Form erwarten, erregt ein Gemisch von Jubel und Kummer. Vielleicht wiegt die letztere Empfindung vor. Zwei würdige und beliebte Offiziere sind den Misshandlungen eines grausamen Feindes erlegen, der nicht einmal die Entschuldigung der Barbarei für sich hat. Denn der Chinese ist nicht deshalb ein Barbar, weil er keine Dampfmaschinen hat und keine Armstrongkanonen fertigen kann; solch ein Barbar war Bacon oder Marlborough oder Newton; seine heiligen Bücher geben dem Chinesen eine gute Sittelehre, und sein Volk kann für verübt Grausamkeiten verantwortlicher sein als jene Nation, welche den Kapitän Anderson und Herrn de Norman bis auf den Tod genüghandelt hat. Es ist traurig daran zu denken, was diese Ungläubigen in unserer Dienste geleistet haben mögen, und es empört, sich zu müssen, daß manche ihrer Landsleute ihren Schwarzen daran üben werden, daß die Verbrennung der Chinesen zu entschuldigen. Denn es gibt eine Klasse von Leuten in England, die an Intelligenz unendlich tiefer als der chinesische Mandarin stehen, und deren Eigendunkel es tippt, den armen

chinesischen Barbaren zu bemitleiden und sentimentale Entschuldigungen vorzubringen für Verbrechen, die in England nur ein Gefühl hervorrufen sollten. Über Kapitän Brabazon und Herrn Bouby haben wir zu dürftige Nachrichten, um entweder zuverlässiglich zu hoffen oder alle Hoffnung aufzugeben. Und doch sind die verhafteten unter den Gefangenen, die in das für Lord Elgin gespannte Netz zurückgelandet waren. Herr Harry Parkes ist ohne Zweifel unter allen Engländern, die sich im Reich der Mitte befinden, den Chinesen am meisten verhaftet. Er war es, der die Kontroverse wegen der "Orcha Arrow" anknüpfte; er war es, der den Streit mit Yeh begann; er ist es, auf den sich die ganze Korrespondenz Yeh's bezog, und er ist es, der, ob auch mit Unrecht, von den Chinesen als der treibende Geist dieses Krieges angesehen wird. Hätte man ein Opfer gefühlt, so wäre die Nächte der Kaiserlichen wohl auf Herrn Parkes gefallen. Wir glaubten daher folgern zu dürfen, daß es nicht in Peking ist, wo dem Kapitän Brabazon und Herrn Bouby ein Unglück zugesessen sein dürfte, und daß, wenn es ihnen gelungen ist, unter die Gerichtsbarkeit der hauptstädtischen Behörden zu gelangen, noch Hoffnungen auf ihre Rettung vorhanden sind. Es wird sich, glauben wir, herausstellen, daß der tatarische Prinz und seine Horden für die an Kapitän Anderson und Herrn de Roman begangenen Grausamkeiten verantwortlich sind; daß wir der Furcht der Mandarinenpartei in Peking die Freilassung von Herrn Parkes und Herrn Bouby verdanken; und daß unsere Hoffnungen, Kapitän Brabazon und Herrn Bouby wieder zu erlangen, davon abhängen, ob es ihnen gelingt, unter die Gerichtsbarkeit der hauptstädtischen Behörden zu gelangen, noch Hoffnungen auf ihre Rettung vorhanden sind. Es wird sich, glauben wir, herausstellen, daß der tatarische Prinz und seine Horden für die an Kapitän Anderson und Herrn de Roman begangenen Grausamkeiten verantwortlich sind; daß wir der Furcht der Mandarinenpartei in Peking die Freilassung von Herrn Parkes und Herrn Bouby verdanken; und daß unsere Hoffnungen, Kapitän Brabazon und Herrn Bouby wieder zu erlangen, davon abhängen, ob es ihnen gelingt, unter die Gerichtsbarkeit der hauptstädtischen Behörden zu gelangen, noch Hoffnungen auf ihre Rettung vorhanden sind. Es wird sich, glauben wir, herausstellen, daß der tatarische Prinz und seine Horden für die an Kapitän Anderson und Herrn de Roman begangenen Grausamkeiten verantwortlich sind; daß wir der Furcht der Mandarinenpartei in Peking die Freilassung von Herrn Parkes und Herrn Bouby verdanken; und daß unsere Hoffnungen, Kapitän Brabazon und Herrn Bouby wieder zu erlangen, davon abhängen, ob es ihnen gelingt, unter die Gerichtsbarkeit der hauptstädtischen Behörden zu gelangen, noch Hoffnungen auf ihre Rettung vorhanden sind.

"Daily News" und "Morning Herald", sonst von sehr verschiedenem politischen Glaubensbekennnis, begegnen sich in ihrer Auffassung des chinesischen Ereignisses. Erstere Blatt sagt: "Worauf Bielle so lange gehetzen und was viele Andere gefürchtet haben, ist gekommen. Wir sind in Peking eingerückt; dies war immer möglich, sogar leicht; aber wie kommen wir wieder heraus? Das ist die praktische Frage für England, eine Einkommen-, Thee-, Zucker- und Papiersteuerfrage. Wir haben Peking, wir können sagen, wir haben China genommen. Aber wir brauchen Peking nicht, und wir sind nicht im Stande, China zu halten. Wir wollten eine Regierung vorfinden, um mit ihr einen halbtägigen Vertrag zu schließen, und die einzige Regierung, die es dort gab, wurde scheu und lief davon. Was können wir jetzt mit China anfangen? Es ist Niemand da, sich mit uns zu schlagen. Niemand, mit uns Frieden zu schließen, wenn nicht etwa die Rebellen die Güte haben wollen, diese Pflicht zu übernehmen. Bis jemand diese Güte hat, können wir nicht fort, ohne uns lächerlich zu machen. Wir haben unseren Feind verloren, und wenn wir ihn nicht finden können, müssen wir ihn erfinden. Schon kündigt man uns an, daß die Truppen in Peking und Tientsin überwintern sollen. Eine Weisheit, die höher als unsere Menschenweisheit ist, hat uns aus so vielen Verlegenheiten herausgeholt, daß wir nicht umhin können, auch diesmal jene Hölle zu erkennen; aber gewiß bleibt es, daß wir in einen sauberen Pfuhl gerathen sind!" Ähnlich läßt sich der "Morning Herald" verneinen; er bemerkt: "Die Einnahme von Peking kann beinahe als ein „ungelegenes Ereignis“ (untoward event, so nannte bekanntlich der Herzog von Wellington die Schlacht bei Waterloo) bezeichnet werden. Es ist klar, daß wir damit unser Hauptziel nicht erreicht haben. Und eine Armee von 10,000 oder 15,000 Mann wird dem Kaiser kaum in die Talarer nachmarschieren. Es bleibt nichts übrig, als in Peking zu bleiben, und das in jenen Monaten, wo unsere Operationen am schwierigsten sein werden und das Klima am unangenehmsten ist. Die Einnahme Pekings durch eine kleine Streitmacht ließ sich allerdings romantisch und erinnert an die Zeiten von Cortes, aber deshalb läßt sich die Schwierigkeit unserer Lage nicht verheimlichen. Die Zukunft ist kaum zu errathen. Man hat oft behauptet, daß, im Fall der Flucht des Kaisers, Sanfolinjin den Thron bestiegen werde, ein Mann von großer Fähigkeit, der, wenn er erst unsere Macht gefühlt, leicht ein starker Freund Englands werden dürfte. Nicht unwahrscheinlich dagegen ist es, daß das Ereignis zum endlichen Triumph der chinesischen Revolution führen wird. Unsere Stellung in Peking ist jedenfalls jetzt eine defensiv. Und nicht zu vergeßen ist, daß der Feind in dieser Jahreszeit unsere Kanonenboote nicht mehr tragen kann, und daß die Zufuhr in den naßen Witterung fast unübersteigliche Schwierigkeiten bietet wird."

[*Lage des Königs Franz II. in Gaëta.*] In Betreff Gaëta's bemerkt die ministerielle "Morning Post": Der Kaiser Napoleon habe vor Kurzem dem König Franz II. die Notwendigkeit, Gaëta zu räumen, auseinandergetest und ihm zu diesem Schritte gerathen. Befolge Franz II. diesen Rath nicht, dann würde der Kaiser seines Versprechens entbunden sein, dem König einen Weg zum Abzug offen zu halten; die französische Flotte würde sich dann aus den Gewässern von Gaëta zurückziehen und die Festung den Angriffen des Admirals Perrano überlassen. Bisher habe der Kaiser offenbar aus bloßen Rücksichten der Menschlichkeit gehandelt. Nachdem der König zum Neueren getrieben gewesen, habe er sich selbst bittend an den Kaiser gewandt, daß er ihm einen Rückzug offen halte und seiner Familie Schutz gewähre. Damals hatte es den Anschein gehabt, als ob Gaëta, mit dem flüchtigen König, seiner Mutter, seiner Frau, seinen Kindern und seiner in Auslösung begriffenen Besatzung, eingeschlossen und bombardiert werden sollte. Ginerseits sei es ein schmerzlicher Anblick gewesen, wie ein Königshaus, bei dem erst kurz vorher jeder europäische Hof Gejagte beglaubigt gehabt, sich in steter Lebensgefahr vor feindlichen Bomben habe bergen müssen; andererseits wären durch eine Übergabe nur neue Schwierigkeiten für die Sardinier entstanden, infosfern ihr Gefangener ihren Verlegenheiten bereit hätte. Aus diesen Gründen, und unter der allgemein angenommenen Voraussetzung, daß der König sich, wie er früher einmal gethan, jetzt wieder zur Flucht entschließen werde, habe der Kaiser ihm einen Ausweg zur See offen gehalten. Nachdem jedoch der König und seine Rathgeber diesen Alt der Humanität zu ihrem politischen Vortheil ausgebaut hätten, entziehe ihnen der Kaiser jetzt den beschrankten Schutz, aus dem sich sehr gefährliche Folgen zu erwarten drohten. Zu bemerken ist, daß obige Ankündigung jetzt von der "Morning Post" nicht zum ersten Male gemacht wird.

[*Die "Times" über die Reformen in Frankreich.*] Von dem die Presse betreffenden Rundschreiben Persigny's an die Präfekten scheint die "Times" nicht besonders viel zu halten. "Die Presse in Frankreich" sagt sie, "ist deshalb nicht frei, weil trop der liberalen Erklärungen des Herrn v. Persigny die Presselfreiheit der Obhut unverantwortlicher Beamten statt dem Volke selbst anvertraut ist. Eben so ist auch die Diskussion in den Kammern nicht frei, weil die rücksichtslose und offen eingestandene Ausübung der Regierungskontrolle den Zutritt zu der Tribüne versperrt. Wenn es dem Kaiser wirklich darum zu thun ist, sich die ehrliche und aufgeklärte Meinung Frankreichs als Richtlinie dienen zu lassen, so möge er aufhören, die Kammern, durch welche diese Meinung vertreten werden soll, in ihrer Zusammensetzung zu fälschen. Das wahre Heilmittel gegen die Uebel der Presse ist nicht in einem liberalen Minister des Innern, so wie das wahre Heilmittel gegen die Servilität der Legislatur nicht in der huldreichen Erlaubnis, frei zu sprechen, zu finden. Die Argnei gegen jene ist im Geschworenergericht, die gegen diese in der vollkommenen Enthaltung von jedem Eingriffe in die Freiheit und Reinheit der Wahlen zu suchen."

[*Der Oberst Peard und ein Haweckischer Tagessbefehl.*] Der vielfach angegriffene Oberst Peard von der britisch-Garibaldischen Legion in Italien verteidigt sich in den Blättern. Er lehnt manche Vorwürfe von sich ab, aber keinen von der Legion. Auf die Anschuldigung, daß er so willkürlich, grausam und unpatrio-

tisch gewesen sei, plündernde Legionäre erschießen zu wollen, antwortet er durch Berufung auf folgenden Tagessbefehl des trefflichen Generals Haweck in Indien, von dem man seiner Zeit nichts erfahren: "Das Plündern übersteigt den Unfug, der unter dem vorübergehenden Triumph des Scheusal Nana Sahib getrieben wurde. Es ist daher ein Profoß ernannt worden mit der ausdrücklichen Instruktion, alle britischen Soldaten, die beim Plündern betroffen werden, in ihren Uniformen zu hängen."

Frankreich.

Paris, 11. Dezbr. [Amnestierung der Presse.] Der dem kaiserlichen Dekret betreffend die Aufhebung der Presse-Verwarnungen (1. Tel. in Nr. 291) voraufgegangene vom "Moniteur" publizierte Bericht des Grafen Persigny an den Kaiser lautet wörtlich:

Sire! Nachdem ich in meinem Rundschreiben an die Präfekten die allgemeinen Grundsätze entwickelt, welche die Beziehungen der Verwaltung zur Presse regeln sollen, glaube ich dem Gedanken Ew. Majestät zu entsprechen, wenn ich Sie bitte, die Aufhebung der den Journals von Paris und den Departements ertheilten Verwarnungen auszusprechen zu wollen. Eine gewisse Zahl periodischer Blätter haben zwei Verwarnungen erbalten und stehen so am Rande der Suspension. Indem die Regierung sie von dieser Gefahr befreit, wird sie sie in die unabhängige Lage, welche sie kompromittiert hatten, zurückversetzen, und dieses Vergessen des Vergangenen wird ein neues Unterpfand für die hochberühmte Politik sein, welche die Intelligenz des Landes zu verbünden und zu vereinen trachtet. Ich habe die Presse aufgefordert, sich einer weiten Diskussionsfreiheit zu bedienen; gegen die, welche davon Gebrauch machen sollten, um den Staat anzugreifen, wird mein Gewissen um so freier und meine Autorität um so stärker sein, wenn Ew. Majestät, die Vergangenheit auslöschend, den Schriftsteller eine edlere Gelegenheit bietet, ihren Patriotismus zu beweisen. Ich bin in hoher Achtung, Sire, Ew. Majestät sehr treuer Untertan. (S. de Persigny. — [Tagesbericht.] Dem Vernehmen nach steht die Kreirung von vier großen Direktionen im Ministerium des Innern bevor. Bagnois wird mit der Direktion der Prengelegenheiten, Bottière mit Direktion der öffentlichen Sicherheit, Saint Marsault mit der der politischen Angelegenheiten und Thibaut, gegenwärtig Präfekt des Voire-Departements, mit der der Handels-Angelegenheiten betraut werden. — In Bezug auf die Belehrung an dem neuen parlamentarischen Leben, welches durch das Dekret vom 24. Nov. in dem gegebenen Körper geschaffen werden soll, haben im Schoße der verschiedenen anti-kaiserlichen Parteien bereits vielfache und wichtige Beratungen stattgefunden. Namentlich wurde im Laufe der verflossenen Woche die Frage in den orleanistischen Kreisen mit großem Eifer behandelt, ob man sich fernherin noch enthalten oder auf Grund der gemachten Konzessionen an den Wahlen und dem Gewähltwerden beteiligen solle. Man entschied sich für ein noch kurzes Zusehen, um sich von der Aufrichtigkeit und der Haltbarkeit der in Aussicht gestellten Reformen zu überzeugen und dann sich für Beteiligung zu entscheiden und dafür thätig zu sein. Einer der bedeutendsten Vorführer der Partei, Dillon Barrot, nach Anderen Thiers, soll den anfänglich sehr hartnäckigen Widerstand der Mehrheit durch eine treffende Auseinandersetzung der Pflichten eines jeden gegen das Vaterland besiegt haben. — Nach China werden auf kürzestem Wege (über Suez) Verstärkungen abgehen. Man spricht von 2000 Mann und vielem Kriegsmaterial. Die 500 Mann, welche bereits in Alexandria waren und dann, auf die Nachricht der ersten Friedensunterhandlungen, wieder nach Toulon zurückgerufen wurden, sollen jetzt zum dritten Male die Fahrt durch das Mittelägyptische Meer antreten. — Man spricht von Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Turin, sobald Gaëta gefallen ist. Doch soll statt des Herrn von Talleyrand Marquis Turat, gegenwärtig Gesandter für Bern, an diesen Posten gehen. Baron Ducasse, Kanzler des französischen Gesandten in Turin, ist so eben in Mission hier eingetroffen. — Prinz San Cataldo, der hiesige Vertreter Garibaldi's, fehlt nächste Woche wieder nach Italien zurück. — "Le cri de guerre des Prussiens" ist der Titel einer Broschüre, die bei Dentu erschienen ist; sie läßt der preußischen Broschüre über die französische Kriegskunst alle Gerechtigkeit widerfahren und gleicht die Mittel an, durch welche die in der deutschen Schrift gerügten Männer wieder gut gemacht werden. Eine andere Broschüre aus derselben Verlagsbuchhandlung führt den Titel "L'Orient grec en 1858". Herr Mirès hatte in einem an mehrere Journale gerichteten Briefe gesagt, der Finanzinspektor, Marquis de Plane, auf Ansuchen der türkischen Regierung nach Konstantinopel gelandet nehm' dort Theil an einer Kommission, welche beauftragt sei, die Erhebung der für die neue türkische Anleihe verpfändeten Einkünfte, sowie die regelmäßige Verzinsung und die Amortisation dieser Anleihe zu überwachen. Dieser Notiz gegenüber erklärt der "Moniteur" heute: "Herr de Plane, welcher sich seit zwei Jahren in Athen befand, hat sich im Mai 1859 nach Konstantinopel begeben. Seine Mission ist der Anleihe, von der Dr. Mirès spricht, fremd, und die Regierung des Kaisers hat ihn nicht ermächtigt, das Amt zu übernehmen, welches man ihm zuschreibt." — Der Eingangszoll auf Weiß und Hülfensfreiheit ist um 25 Fr. pr. 100 Kilogramm herabgesetzt worden. — Aus Vienne (Ferdepartement) meldet man: "Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich während der Zeremonie der feierlichen Enthüllung der Statue der heiligen Jungfrau auf einem in der Nähe unserer Stadt gelegenen Hügel ereignet. Die für die Bevölkerung bestimmte Estrade ist eingestürzt. Vierzig Personen verunglückten. Unter den Verwundeten befinden sich: Mr. Branzoni, Erzbischof von Turin, die Bischöfe von Valence und Vivier (lebter brach ein Bein), der Unterpräfekt und der Pfarrer von Vienne ic. Mehrere Personen sollen gefährlich verwundet sein." — Herr Messier, der Hauptredakteur der "Presse", tritt durch den Verfaß dieser Blätter an Emile de Girardin zurück. Er beabsichtigt, ein neues Blatt zu gründen, für das ihm schon die Errichtung von Seiten des Ministeriums zu Theil geworden sein soll. — In Paris hat sich ein Anschluß zu einem Pariser Dental für Cherubini gebildet, an dessen Spitze Aubé, Berlioz, Carafa, Meyerbeer, Rossini und andere Celebritäten getreten sind.

[*Das Rundschreiben Persigny's über die Presse.*] Die Departementspresse beginnt über das Rundschreiben des Herrn v. Persigny ihr Urtheil abzugeben. So liest man in dem "Progrès" von Lyon: "Man würde sich nicht übel täuschen, wollte man zwischen der Strenge der englischen und der französischen Gesetze einen so großen Unterschied zu Gunsten der letztern finden. Das Gesetz über die öffentliche Sicherheit ist noch nicht abgeschafft und schwelt ebenso sehr, wenn nicht mehr, über den Schriftstellern, als über den übrigen Bürgern. Deportation und Verbannung sind die Strafen, welche der Gesetzgeber darin ausgesprochen hat und deren Anwendung der Regierung anvertraut ist, ohne daß sie öffentliche Verhandlungen anzustellen oder nur den Angeschuldigten anzuhören braucht. Wir wissen, daß dieses Gesetz, das unserer ausnahmsweise Verhältnissen geschaffen ist, seit einiger Zeit ohne Wirkung und gleichsam ein toter Buchstabe in unserem Gesetzbuche ist. Aber dies ist grade der selbe Fall mit den beschrankten Gesetzen, von denen Herr v. Persigny uns eine Übersicht gewähren wollte. Es sind außer Gebrauch gekommene Waffen, deren Wirkung Niemand mehr befürchtet. Wir hätten noch 'Vieles' über die Gleichstellung, welche der Minister des Innern zwischen Frankreich und einem Nachbarlande auffindet, zu sagen. Es scheint uns unnötig zu sein, auswärts die Mittel zu suchen, um ein Volk zur Grobheit und Handhabung der Freiheit zu führen. Man hat sich unserer Ansicht nach zu sehr bei uns an den Gedanken gewöhnt, als sei die französische Nation minderjährig und müsse als solche behandelt werden. Seit länger als einem halben Jahrhundert haben die Bürger jeden Standes ihre Lehrzeit im politischen Leben durchgemacht, und das allgemeine Stimmrecht, welches die gegenwärtige Regierung zur Basis ihrer Legitimität gemacht hat, stellt die Wahrheit unerschütterlich fest, daß in Frankreich mehr, als irgendwo anders die Nation voljährig ist und das Verständniß ihrer Interessen besitzt. Die Freiheit wäre für uns nichts Neues. Wir haben sie schon gekannt und geliebt trotz der Ungelegenheiten, welches uns, warum sollten wir es nicht eingestehen, die unter ih-

rem Namen verübten Missbräuche verursachten. Um zu wissen, inwiefern es gut und zeitgemäß ist, zur Ausübung dieser Freiheit wieder zurückzufahren, genügte es, sich mit Benützung der Lehren der Erfahrung, in unserer eigenen Vergangenheit zu unterrichten."

[*Organisation der Verwaltung Algeriens.*] Der "Moniteur" publiziert heute das kaiserliche Dekret in Betreff der Regierung und Verwaltung Algeriens. Dieselben werden in Algier unter der Autorität eines Generalgouverneurs zentralisiert, der, unter der Kontraktur des Staatsministers ernannt, dem Kaiser direkt über die politische Lage und Verwaltung des Landes Bericht erstattet und die Land- und Seemacht in Algerien kommandiert, während im Uebrigen der Kriegs- und Marineminister über Heer und Flotte die Autorität behalten, welche sie über die Armeen im Felde und über die Stationen ausüben. Der Generalgouverneur wird, im Falle seiner Abwesenheit, von einem Untergouverneur, Divisionsgeneral und Generalstabs-Chef vertreten. Justiz, Unterricht und Kultus ressortieren von den betreffenden Ministerien in Frankreich; indessen bleiben die französisch-arabischen und die Eingebornenschulen ausschließlich unter dem Generalgouverneur. Derselbe ernennt alle algerischen Beamten mit Ausnahme derjenigen, welche zum öffentlichen Unterricht, zum Kultus und zum französischen Richterstande gehören. Für alle Aemter, in welche nur der Kaiser erkennen kann, schlägt der Generalgouverneur Kandidaten vor und präsentiert sie zunächst dem Kriegsminister. Letzterer hat auch alle Alte der algerischen Regierung und Verwaltung, sofern sie der kaiserlichen Bestätigung bedürfen, zu kontrakturieren. In allen anderen Verwaltungs-Angelegenheiten verfügt der Generalgouverneur für sich allein. Der Generalprokurator am kaiserlichen Gerichtshofe zu Algier hat alle Plenare dem Generalgouverneur Bericht zu erstatten und von den an den Siegbewahrer erstatteten Berichten Abschrift zu geben. Kein französischer oder eingeborner Beamter darf gerichtlich verfolgt werden, ohne daß der Generalgouverneur von den Altenstücken des Generalprokurators Abschrift erhalten hat. Neben dem Gouverneur besteht ein berathendes Conseil, in welchem er den Vorsitz führt. Dasselbe hat alles zu berathen, was die Staatsdomänen angeht; seine weiteren Geschäfte werden durch ein besonderes Dekret geregelt werden. Das Budget unterliegt der Prüfung eines Oberkonsils, welches besteht aus dem Generalgouverneur (Präsidenten), dem Untergouverneur, den Mitgliedern des berathenden Conseils, den drei Divisionskommandeuren, dem ersten Richtspräsidenten, den drei Präfekten, dem Bischof, dem Rektor der Akademie und sechs Mitgliedern der Generalräthe. Wenn das Budget berathen ist, wird es vom Kriegsminister dem Kaiser zur Bestätigung vorgelegt. Die Generalräthe der Provinzen bleiben so, wie sie durch das Dekret vom 27. Okt. 1858 eingesezt worden sind.

Belgien.

Brüssel, 11. Dezbr. [Masur; Gesellschaft für Kommunal-Kredit; das Budget.] Der Generaldirektor des belgischen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens, J. B. Masur, ist in der vergangenen Nacht plötzlich gestorben. — Der "Moniteur" bringt die königliche Genehmigung zur Begründung einer anonymen Gesellschaft für Kommunal-Kredit, deren Zweck und Aufgabe es sein wird, den belgischen Gemeinden die Aufnahme von Anlehen und deren Amortisation durch bloße Zinszahlung während einer Reihe von Jahren zu ermöglichen. Zu Verwaltern dieses nützlichen Instituts sind die Herren v. Broucere, Oris, Bischoffsheim, Rieglinger und Gillon ernannt worden. — Der Buzinal-Bau, welcher im Budget des laufenden Jahres eine Million in Anspruch nimmt, fehlt im Budget von 1851 ganz und empfing noch 1841 nicht mehr als 100,000 Fr. Der höhere Unterricht erforderte im Budget für 1851: 339,539 Fr., im laufenden Jahre 993,236 Fr.; gleiche Zahlenverhältnisse zeigen sich: für die Mittelschulen mit 71,089 und 934,187 Fr., die Primärchulen mit 217,152 und 1,909,109 Fr. Kunst und Wissenschaft mit 87,248 und 811,300 Fr. Während in Frankreich mit 39,424,405 Einwohnern das Einnahmebudget für 1861 sich auf 1,845,733,770 Fr. beläuft, woraus sich ein durchschnittlicher Steuerbetrag von 46 Fr. 81 C. per Kopf ergibt, weist Belgien, welches 4,623,089 Einwohner zählt, die Gesamtsumme jenes Budgets 121,029,190 Fr. und demnach einen Steuerbetrag von nur 25 Fr. 91 C. auf. Die französische (konsolidierte und schwedende) Staatschuld beträgt 9,323,517,866 Fr. die belgische 638,058,947 Fr. Dagegen kommt in Frankreich der Volksunterricht (Primärchulen) mit 6,059,000 Fr. aus, während er in Belgien für eine 84/100 Mal geringere Bevölkerung 1,907,109 Fr. kostet.

Brüssel, 12. Dez. [Kammerverhandlungen.] Das Haus der Abgeordneten hat in gestriger Sitzung die allgemeine Bevathlung des Budgets der Mittel und Wege eröffnet. Auf die von mehreren Mitgliedern gestellten Anfragen wegen Befolgsichtigkeit der Zollreform antwortete der Minister unter Hinblick auf die auswärtigen Verhältnisse, der Zeitpunkt sei zu dergleichen Maßregeln schlecht gewählt. (S. 3.)

Schweden.

Bern, 10. Dez. [Krawalle an der französischen Grenze.] Nach einer in Bern angelangten Nachricht haben sich etliche schmuggelnde Franzosen in einem Orte des Neuenburger Grenzgebietes erlaubt, durch die Straßen zu ziehen mit dem Rufe: "Vive la France, en bas la Suisse". Es gab in Folge dessen einiges Zusammenlaufen der Ortsbewohner und wie begreiflich, Schlägereien, bei denen natürlich die Provocateurs nicht am besten wegkamen und ohne Dazwischenkunft der Grenzwächter und Gendarmen wahrscheinlich noch nachdrücklicher bedient worden sein würden. Schon aus früheren Privatbriefen von Leuten, die an der Berner Juragrenze wohnen, erhielten wir vor nicht gar langer Zeit die Mittheilung, daß sich in den französischen Grenzorten gewisse Banden bilden, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, die groben und anmaßenden Schweizer, wo nur immer möglich, auf französischem und auf schweizerischem Boden zu insultiren, zu provozieren und zum Streite gleichsam herauszufordern. Man versichert selbst, daß die französischen Grenzbehörden von diesen Fehden wissen, ohne daß sie Lust zeigen, ihnen entgegenzuarbeiten. Ich beschränke mich darauf, dieser Gerüchte zu erwähnen, bis etwas bestimmteres zu Tage tritt. (S. 3.)

Italien.

Turin, 9. Dez. [Frankreichs Haltung; Venetien; die Exherzöge.] Man ist hier, wie bemerkt, sehr zufrieden mit

der neuesten Haltung der französischen Regierung, und man weiß sehr gut, daß von Frankreich Alles geschieht, um Franz II. zu bestimmen, Italien zu verlassen. Der Wiedereintritt Walewski's hat eben so wenig Bezug auf die italienische Politik, als die Beibehaltung von Thouvenel. Frankreich, das sich sogar in Bezug auf die orientalische Frage mit England zu verständigen sucht, ist rücksichtlich der italienischen ganz einig mit dem Kabinett von St. James. Der Kaiser, so schreibt man aus Paris, habe einer hochgestellten Person die Versicherung gegeben, daß vor Neujahr die italienische Einheit eine Wirklichkeit geworden sein solle. In Bezug auf Venedig ist Frankreich wie England der Ansicht, Österreich habe nichts Besseres zu thun, als diese Provinz an das neue Königreich Italien abzutreten. Sie haben diese ihre Ansicht auch in Form eines Nachlasses ausgesprochen. Man versichert in hiesigen diplomatischen Kreisen, daß auch andere Mächte, ohne einen bestimmten Rath zu ertheilen, beim Grafen Rechberg angefragt haben, ob denn das Wiener Kabinett die Vortheile in Erwägung gezogen habe, die es aus einer Abtretung Venedigs erzielen könnte. Nun scheint man in Wien allerdings noch immer an die Möglichkeit der Erhaltung Venedigs für die österreichische Krone zu glauben. Aber wie aus Paris geschrieben wird, war Fürst Metternich auf dem Sprunge, sich nach Wien zu begeben, um dem Kaiser in dieser Frage Eröffnungen zu machen. Auch heißt es hier, Lagueronnaire bereite eine neue Broschüre vor, worin die Abtretung Venedigs als eine Notwendigkeit der Situation dargestellt werde. — Mehrere Blätter haben angezeigt, der Herzog von Modena, die Herzogin von Parma und der Großherzog von Toskana hätten ihre Gesandtschaften eingestellt. Die Thatache ist unrichtig, wenigstens was die beiden Letztgenannten betrifft, und deren Vertreter stehen im Gegentheil im lebhafsten Verlebtheit mit den auswärtigen Höfen. Was den Herzog von Modena betrifft, so weiß ich nicht, ob dieser Fürst noch den Luxus eines Gesandten sich erlaubt. Seine Truppen, welche in päpstliche Dienste treten, später aber ganz aufgelöst werden sollten, bleiben nun doch in österreichischen Diensten, und wie man versichert, ist diese Entschließung der Erklärung Garibaldi's, daß er im Frühjahr wieder an der Spitze seiner Getreuen erscheinen wolle, zuzuschreiben. (R. 3.)

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Aus den neuen piemontesischen Provinzen bringt das „Giornale di Roma“ folgende Klagen: „Unabhängig von den Verfolgungen, welche Episkopat und Klerus unter verschiedenen Vorwänden, besonders in den Marken, zu dulden haben, veröffentlichte der Kommissarius Pepoli am 7. und 9. Novbr. Dekrete, wodurch eine sehr drückende, noch während dieses Jahres zu bezahlende Abgabe von 2 Prozent auf alle Kirchengüter ausgeschrieben ward, welche sich im Besitz von Prälaten, geistlichen Stiftungen und Körperschaften befinden, hierzu noch eine Erhöhung der Grundsteuer des liegenden Stadt- und Landbesitzes jedes Eigentümers ohne Unterschied. Die militärische Besetzung des Landes und der Unterhalt aller aus ihrer Heimat ausgewanderten Abenteurer sind ferner ausschließlich den Klöstern aufgebürdet. Diese sind angewiesen, ihnen ohne irgend welche Vergütung Lebensmittel, Wohnung, Wäsche, Licht und Feuerung zu geben. Die Abenteurer werden nach solchen Verfugungen von den Unruhen aufgewiegt. In ihrer Sehnsucht nach Kommunismus sagen sie ihnen: „Eßet, trinket und lasst euch mit Allem von diesen Mönchen versorgen, denn es ist ja alles unser.“ Diese unverschämten Forderungen trieb man soweit, daß man selbst die Fremdenzimmer der Nonnen nicht schonen wollte, und nur mit großen Schwierigkeiten ist die einstweilige Suspension der Anordnung erlangt.“

Der Marquis Pepoli, welcher am 16. Dezember von seinem Amt als außerordentlicher Kommissar in Umbrien zurücktritt, wird durch den Marquis Gualterio in Perugia ersekt, der durch seine Geschichte der italienischen Revolution von 1848 berühmt ist.

Dem „Journal des Débats“ wird aus Neapel, 4. Dez., geschrieben, daß Cialdini nur versuchswise mit sieben Belagerungsgeschützen auf Gaeta habe feuern lassen. In der Festung seien Offiziere, Diplomaten und die königliche Familie von einer Soldatenrevolte bedroht. An dem letzten Ausfallen sollten 4000 Mann Theil nehmen, doch nur 1300 Mann gehorchten, der Rest versagte den Offizieren den Gehorsam. Am 15. Dezember soll das allgemeine Bombardement beginnen. (S. unten.)

Bei der Volksbewegung gegen den Kardinal Erzbischof von Neapel (S. Nr. 292) hatte, der „Indépendance“ zufolge, fast die ganze halbe Million Neapolitaner sich um den erzbischöflichen Palast lärmend und drohend geschart und den Kardinal den ganzen Tag belagert. Der schlimmste Moment war der, wo die Volksführer, unter denen man manche, welche den Garibaldischen Mantel über ihren Ordensanzug geworfen hatten, bemerkte, die Brennmaterialien, welche der Pöbel rings um den Palast aufgehäuft hatte, anzuzünden drohten. Die Führer zogen es jedoch vor, in den Palast selbst zu dringen und den Kardinal, „der ihnen nur geringen Widerstand entgegensezte, aufzufordern, nun definitiv sich für die Revolution zu erklären“. Der Kardinal erschien denn auch wirklich mit der italienischen dreifarbigem Fahne auf dem Balkone und begrüßte damit das Volk, das sich nun zufrieden zurückzog. Als Ursache der Bewegung wird der „Ind.“ berichtet, der Kardinal habe in Neapel zu einer Bewegung der bourbonischen Lazzaroni in seinem Stadtviertel ermuntert und sei in den benachbarten Straßen von lebhaften Rufen: „Es lebe Pius IX.! Es lebe Franz II.!“ begrüßt worden; aber man habe auch bemerkt, daß der Prälat mit Wort und Handbewegung beschwichtigend gegen „diese unkluge Kundgebung“ sich geäußert habe; er solle sogar dem Volke zugesuren haben: „Gehorchet Victor Emanuel!“ Doch diese Worte seien wahrscheinlich in dem tumulte verhallt.

Seit der Plünderei des erzbischöflichen Palastes zu Paris, seit der Berichterstattung der „Ind.“ hinzu, wurde kein so furchtbarer Volksaufstand gesehen. Die Polizei benahm sich hier, wie bei der Demonstration der Garibalisten gegen Victor Emanuel im Teatro Nuovo; sie ließ die Volkswuth austoben, denn sie ist noch zu schwach, während die neapolitanische Nationalgarde in solchen Fällen nicht zu gebrauchen ist. Der Korrespondent der „Ind.“ behauptet, die Kundgebung sei von denjenigen Priestern, welche der neuen Regierung sich angegeschlossen, angestiftet worden, da dieselben gefürchtet hätten, vom Kardinal a divinis suspendirt zu werden. Dieser Darstellung zufolge brachte der Befehlshaber der neapolitanischen Nationalgarde die Vereinbarung zu Stande, wonach der Kardinal die Tricolore mit dem savoyischen Kreuze schwenken, ihm dagegen Ungefährdetheit zugesichert sein sollte.

Dem Kardinal und Erzbischof von Neapel ist, wie dem „Journal des Débats“ geschrieben wird, ausgegeben worden, binnen fünf Tagen seinen aufrichtigen Anschluß an die neue Ordnung der Dinge zu erklären, oder von Neuem das Land zu verlassen.

Der Deputation des Parlaments hat, wie „Diritto“ nachträglich meldet, der König die denkwürdigen Worte zugeschen: „Italien mußte großen Gefahren die Stirn bieten, um dahin zu gelangen, wo es jetzt ist; es sind jedoch noch bedeutende Schwierigkeiten vorhanden, welche indeß durch den Patriotismus und den gesunden Menschenverstand der Italiener werden überwunden werden. Europa blickt voll Bewunderung auf diese italienische Revolution, für welche Garibaldi's Schwert so viel gehabt hat. Was noch geschehen muß, wird bald geschehen, und Italien wird alsdann wieder die mächtigste Nation der Welt werden, mächtiger, als es jemals war, weil es den Fortschritt des Zeitalters für sich hat. Italiens Unabhängigkeit war seit Jahrhunderten das Dichten und Trachten der Italiener; es war mein Traum, so lange ich auf der Welt bin, und nun sehen wir diese Fürsten und diese Regierungen, welche der Unabhängigkeit widerstreben, zerstreut.“ Ich wußte, welche Misregierung in diesen südlichen Provinzen bestand, aber die Wirklichkeit hat meine Erwartung noch weit aus übertroffen. Ich sah das Verbrechen an der Spitze der Gewalt.“ Als der Präsident der Deputirtenkammer, Lanza, dem Könige in seiner Anrede bemerkte, man könne nun mehr hoffen, der Traum der Italiener werde in Erfüllung gehen, entgegnete der König mit froher Miene: „Das ist keine Hoffnung mehr, das ist jetzt eine Wirklichkeit!“ Und als Lanza meinte, in fünfzig Jahren werde Italien als große Nation dastehen, erwiederte der König, dazu werde es einer so geraden Zeit gar nicht bedürfen. Der Turiner Korrespondent glaubt bestätigen zu können, daß diese Neuerungen des Königs echt seien.

Das System der Regierung wird nicht bloß von den magistristischen Blättern, sondern auch von der „Opinione nazionale“, dem „Monitore“, dem „Romane“, dem „Paese“ und dem „Lampo“ gestadelt. So sagt letzterer: „Die Regierung scheint einerseits sich alle Mühe geben zu wollen, unsere Angelegenheiten noch mehr zu verwirken und zu verwirren, als sie es schon sind; sie hat eine wahre Lust daran, Formulare und Proklamationen zu erlassen, während die dringende Noth der Gegenwart zur kräftigen That für das allgemeine Wohl auffordert. Was haben wir denn bis jetzt erlangt? Nichts. Die öffentliche Sitte, die persönliche Sicherheit, der Schutz des guten Willens, die Elementar- und Abendschulen, Alles wird vernachlässigt wie früher.“ Der „Romane“ sagt: „In der primitiven Bildung der Statthalterei wurde, wie es in allen konstitutionellen Ländern der Fall ist, die Polizei dem Dikasterium des Innern unterstellt. Kaum waren darüber einige Tage verflossen, als sie neuerdings von einander getrennt werden. Wir fragen also: wenn es gut gewesen, sie drei Tage vorher zu trennen, warum sie sie nachher wieder vereinigen? Früher wurden monatlich etwa 15.000 Doktaten aus der königl. Kabinettskasse für Unterstützungen und Almosen vertheilt; den größeren Theil davon erhielten die Diener und Angehörigen der königl. Hofhaltung, das übrige Witwen, Waisen und andere arme Leute. Diese Zahlungen müssen eingestellt werden, weil kein Geld mehr vorhanden ist, daher Klagen, Beschwerden oder Reklamationen von allen Seiten.“

Die „Perseveranza“ meldet aus Neapel, vom 9. Dezember: „In der Gemeinde Cervinara überfielen etwa 2000 bewaffnete Bauern die Nationalgarde, entwaffneten dieselbe, schlugen die Büste Victor Emanuels herab, zerrissen die Tricolore und pflanzten das Bildnis Franz II. und die bourbonischen Fahnen auf. Wegen der im Teatro Nuovo vorgefallenen Demonstrationen verlangte der Polizeipräselt von Neapel seine Entlassung.“

Man schreibt aus Empoli (Insel Sardinien) dem „Popolano di Sassari“: Garibaldi lebt auf seinem Eiland in völliger Zurückgezogenheit. Er beschäftigt sich mit der Abschaffung seiner Memoiren und der Erzählung seines letzten Feldzuges, wozu er eigenhändig die Schlachtenpläne und Truppenaufstellungen zeichnet. Man hat hierbei Gelegenheit, das außerordentlich Gedächtniß des Generals zu bewundern. Er erinnert sich nämlich bei dem Entwurf der Pläne an die kleinsten Einzelheiten des betreffenden Terrains. Jedes Haus, jeder Fußpfad oder Baum ist ihm in frischer Erinnerung. In dem Arbeitszimmer des Generals bemerkt man u. A. eine ausgezeichnet gearbeitete Land- und Seekarte des Adriatischen Meeres, die bis in die kleinsten Einzelheiten ausgeführt ist.

Aus Marseille, 13. Dez., wird telegraphisch gemeldet: Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Palermo vom 7. d. hat der Staatsrat die Aufrethaltung verschiedener Gesetze bis zum Zusammentritt des italienischen Parlaments gefordert. — Aus Gaeta wird vom 8. d. gemeldet, daß das Bombardement verdoppelt worden sei, daß die Hohlfugeln mehrere Gebäude und darunter das Hospital erreicht haben, daß aber der Platz das Feuer kräftig erwidere. Die Königin durchschreitet die Batterien. — Aus Neapel wird unter dem 8. d. versichert, daß Frankreich, England und Russland den König Franz aufgefordert hätten, die unnütze Vertheidigung aufzugeben. Der im Dienste Garibaldi's befindlich gewesene General Dun, ein Engländer, ist von Freiwilligen ermordet worden. — Berichte aus Rom vom 8. d. melden, daß Oberst Mastri Orvieto geräumt habe und daß die Franzosen diesen Platz besetzen werden. Die päpstlichen Anwerbungen dauern fort. Sechszen Bischöfe in den Marken haben gegen die piemontesischen Kommissare protestiert. — Aus Perugia wird vom gestrigen Tage telegraphisch gemeldet, daß das Dekret, welches die religiösen Korporationen unterdrückt, mehrere, welche sich wohl verdient gemacht haben, hiervon ausnehme.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Dez. [Eine Resolution; Ministerkrise.] In Folge einer in der Nachsitzung vom 5. d. Seitens des Folkethings gefaßten Resolution, wonach die von dem früheren Minister des Innern für das Königreich (Krieger) gegenüber dem Gesamtstaats-Finanzminister übernommene Verpflichtung: ihm die $\frac{2}{3}$ Millionen jüttischer Duerbahnahten für die Separatkasse des Königreichs abzunehmen, von Seiten des Reichstags kassiert worden ist, hat Minister Monrad Erklärungen abgegeben, die einen Ministerwechsel in nahe Aussicht stellen. Die Monrad'sche Erklärung sagt nämlich, daß die gegenwärtige Regierung die Ausführung jener Resolution vom 5. d. nicht übernehmen könne und nur, um den Fortgang der Geschäfte nicht zu hindern, bis zur Annahme des Finanzgesetzes auf ihrem Platze bleiben wolle. Da die Folkethings-Majorität vom 5. mindestens zu neun Zehn-

feln der Partei der „Bauernfreunde“ angehört, so würden also Baron Bliden-Finecke, dessen (die beide dem Rottwitt'schen Kabinette angehört und zwar sich der Abstimmung über die Resolution enthalten, gleichwohl aber entschieden auf Annahme derselben hingearbeitet haben) und Eschner mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden müssen.

Amerika.

New York, 27. Nov. [Stimmung im Süden; Gräuel-szenen im Territorium Washington; Verschiedenes.] Die Nachrichten aus den südlichen Staaten der Union lauten neuerdings etwas weniger kriegerisch; doch hatte der Gouverneur Südkarolina's eine Botschaft an das Parlament dieses Staates gerichtet, in welcher er sich zu Gunsten der Losreise ausgesetzt. — Aus dem Territorium Washington wird eine Schreckensgeschichte gemeldet. Kapitän Demet, der abgesandt worden war, um Nachforschungen nach der Wahrheit der angeblichen Niedermeißelung von Auswanderern anzustellen, hatte noch ungefähr 10—12 der selben am Leben gefunden. Dieselben fristeten sich ihr Leben dadurch, daß sie die Leichen ihrer ehemaligen Genossen vergruben. Etwa 12 Leichen waren gefunden worden, und etwa 10 noch lebende Auswanderer hielten sich in kleinen Scharen von je 3 und 4 in der Entfernung von ungefähr 12 Meilen von der Stätte des Blutbades in den Wäldern verborgen. Einige der Auswanderer waren geradezu verhungert. Unter den noch Lebenden befanden sich ein Mr. Myers, dessen Schwägerin, Mrs. Myers, nebst fünf Kindern und eine Miss Turnbull. Diese Schar Unglücklicher näherte sich von der Leiche Myers', des Vaters und Gemahls. — Die Berichte über grobartige Raubzüge, welche eine Bande unter Befehl eines gewissen Montgomery an der Grenze von Kansas unternommen haben soll, scheinen sich als sehr übertrieben herauszustellen. General Harney verfolgte die Friedensstöre an der Spitze einer Abteilung Dragoner. — Dem peruanischen Gesandten zu Washington sind seine Pässe zugesandt worden, da der diplomatische Verkehr zwischen den beiden Republiken abgebrochen worden war. — Laut den letzten Berichten aus Vera Cruz bestätigt sich die Nachricht von der Einnahme Guadalajara's. 7000 Mann wurden zu Morella erwartet, von wo aus sie mit den Liberalen gegen die Hauptstadt marschieren wollten.

Provinciales.

Neustadt b. P., 13. Dez. [Landwirtschaftliche Notizen.] In Folge der mäßlichen Kartoffelernte ist die Nachfrage nach Oelfuchen sehr bedeutend, und die Oelfabrikanten sind nicht im Stande den Bedarf zu decken. Die Preise sind sehr gestiegen und Oelfuchen kaum noch mit 2 Thlr. pr. Ztr. zu haben, während solch früher mit höchstens $2\frac{1}{2}$ Sgr. bezahlt wurden. Dieser hohen Preise wegen wollte man in größeren Landwirtschaften Weizenkleie anwenden, allein es stellte sich heraus, daß dies unpraktisch sei. — Auch das Brennen von Mais statt Kartoffeln soll sich in den Brennereien nicht bewähren, weshalb viele Brennereibesitzer es vorziehen, Roggen statt der Kartoffeln zur Spiritusbildung zu verwenden. Es steht zu erwarten, daß die Spirituspreise in Folge dessen steigen werden, weshalb man mit dem Verkauf sehr zurückhaltend ist. — Im Woll-Kontraktgeschäft, welches sonst um diese Zeit sehr flor war, ist es jetzt stan, weil die Produzenten an die diesjährigen Wollmarktpreise denken und danach ihre Forderungen stellen. Die Käfer sind zurückhaltend, und es kommen nur wenig Kontraktgeschäfte zum Abschluß.

Strombericht.

Oborniker Brücke.

Am 13. Dezbr. Kahn Nr. 236, Schiffer Ferdinand Tissner, von Birnbaum nach Posen mit Ziegeln.

[Eingesendet.]

Der Snom für 1861. (1½ Thlr.) Dieses Buch ist durchweg mit liebevoller Sorgfalt und mit Verständniß redigirt und zeichnet sich durch eine ebenso reiche Mannigfaltigkeit, als strenge Gewalttheit des Inhalts aus. (Vorrätig in allen Buchhandlungen Posens.)

Angekommene Fremde.

Vom 14. Dezember.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsb. v. Miltowski aus Brzozow und v. Lawicci aus Lawice, Gutsb. Grunwald aus Dworzysk, die Kaufleute Günther aus Berlin und Küdiger aus Breslau.

BAZAR. Königl. Kammerherr Graf Potworowski aus Deutsch-Presse, Parfümler Graf Zamyski aus Warschau, die Gutsb. Frauen Gräfin Lewicka aus Dobrojewo und v. Wilkowska aus Siekierki, Gutsb. v. Młodz. Czeński aus Graboszewo und Gutsbächter v. Stoch aus Malczewo.

SCHWARZER ADLER. Gutsbächter Nowacki aus Chładowo, Delonom Karpiński aus Bestowo, die Gutsb. v. Połkatek aus Pierzyk, v. Łaszkowice aus Smogulec und v. Chrzanowski aus Chwałkowice.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Gutsbesitzer v. Urbanowski aus Kowalskie, v. Łaczanowski aus Pogorzaella und v. Łączyński aus Grajewo, die Kaufleute Bertram aus Berlin und Mosse aus Gräp.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Gutsb. Graf Biński aus Glesno, die Gutsb. Frauen v. Kęczycka aus Blociszewo und v. Chłapowska aus Boniow, Rittmeister im 2. Leib-Husarenregiment Graf Pele aus Berlin, Delonom Matthes aus Pręszyn, die Kaufleute Kuhn aus Stettin, Bohler aus Planen, Gog aus Glandau, Trischky aus Zürich, Pohl aus Landsbut und Seegall aus Breslau.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Sellmann aus Berlin und Pfug aus Breslau, die Gutsb. Wirth aus Lopienko und Strauwen aus Pawlowic.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Bojanowski aus Krzecotowice und v. Gorzeński aus Gembic, Delan Lewiński aus But, Probst Szeydurski aus Otorowo, Möbelfabrikant Reichert aus Berlin und Baumeister Bischoff aus Schweidnitz.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Ulatowski aus Morakowo, v. Koszow aus Starzawino, Radom und Błotkowski aus Ruchocinek, Cegielaki aus Bodki und Serdyński aus Myślki, Probst Fromholz aus Niella, die Gutsbächter Dusliwicz aus Rzeganowo und Stanowski aus Kijewo, Gutsverwalter Zalusowski aus Nieszwajtowice und Kaufmann Erdmann aus Podgarcze.

HOTEL DE BERLIN. Gutsb. Albrecht aus Kawęcyn, Frau. Bodenstein aus Birnbau, die Rittergutsb. Bieneck aus Trebnitz und Düsche aus Rabzyn, Wirtschafts-Inspектор Kowalski aus Krusza, Rentier Kowalski aus Kosten, Inspектор Schulz aus Stettin, Richter Pawlekki aus Graustadt und Oberinspектор Schödler aus Działdau.

DREI LILJEN. Die Wirtschafts-Inspektoren Duszkiewicz aus Sudzianiec und Trzybiński aus Ludom.

PRIVAT-LOGIS. Rittergutsb. v. Eschepe aus Broniewice, Wilhelmstraße Nr. 10; Kaufmann Jawłodawer aus London, Schloßstraße Nr. 5; Frau Gutsb. Dähne aus Berlin, Wilhelmstraße Nr. 22.

(Beilage.)

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von vorläufig circa 19 Zentnern Berg (Durie) nach einer im diesseitigen Bureau eingehenden Probe, soll im Bege der Submission an den Mindestfordernden vergeben werden.

Offertern hierauf werden bis zum

17. d. Mts. Vormittags 11 Uhr im Bureau des unterzeichneten Artilleriedepots versiegelt und mit der Aufschrift "Submission auf die Lieferung von Berg" entgegen genommen werden, auch sind ebendaselbst die Lieferungsbedingungen einzusehen.

Posen, am 10. Dezember 1860.

Artillerie-Depot.

Subhastationspatent.

Das den Catharina Liseckaschen Erben gehörige Grundstück Nr. 54 der Vorstadt Fischerei zu Posen (Schützenstraße Nr. 13/14), abgeschägt auf 6622 Thlr. 24 Sgr. 11 Pf., soll in

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht, 1. Abtheilung
zu Rogasen.

Das dem Johann Christoph Carl Schulz und dessen Ehefrau gehörige, zu Zielonka unter Nr. 5 belegene Kruggrundstück, abgeschägt auf 5330 Thlr. 15 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registrierung eingehenden Taxe, soll

am 17. Juni 1861 Vormittags um 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, dem Gutspächter Eduard v. Swinarski aus Kozuszkowa-wola wird hiezu öffentlich vorgeladen.

Znowraclaw, den 22. Oktober 1860.

Königl. Kreisgericht I. Abtheilung.

am 17. Juni 1861 Vormittags um 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubigerin, die verwitwete Ober-Guerkontrolleurin Frank, welche früher in Chlindow bei Posen gewohnt hat, wird hierzu öffentlich vorgeladen. Rogasen, den 2. Oktober 1860.

16. Januar 1861 Vorm. 10 Uhr

an der hiesigen Gerichtsstelle anstehenden Termine im Wege der freiwilligen Subhastation öffentlich verkaufen werden und werden Kaufleute hierzu vorgeladen.

Die Taxe und die Verkaufsbedingungen können vor dem Termine in unserem Bureau III. B. eingesehen werden.

Posen, den 18. September 1860.
Königl. Kreisgericht. II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Das dem Albin v. Domanski gehörige Rittergut Kozuszkowa-wola, abgeschägt auf 26,505 Thlr. 28 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in unserem Bureau III. A. eingehenden Taxe, soll

am 31. Mai 1861 Vormittags 12 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer

aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Der dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubiger, dem Gutspächter Eduard v. Swinarski aus Kozuszkowa-wola wird hiezu öffentlich vorgeladen.

Znowraclaw, den 22. Oktober 1860.

Königl. Kreisgericht I. Abtheilung.

am 17. Juni 1861 Vormittags um 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgerichte anzumelden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannte Gläubigerin, die verwitwete Ober-Guerkontrolleurin Frank, welche früher in Chlindow bei Posen gewohnt hat, wird hierzu öffentlich vorgeladen. Rogasen, den 2. Oktober 1860.

16. Januar 1861 Vorm. 10 Uhr

an der hiesigen Gerichtsstelle anstehenden Termine im Wege der freiwilligen Subhastation öffentlich verkaufen werden und werden Kaufleute hierzu vorgeladen.

Die Taxe und die Verkaufsbedingungen können vor dem Termine in unserem Bureau III. B. eingesehen werden.

Posen, den 18. September 1860.
Königl. Kreisgericht. II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Das dem Albin v. Domanski gehörige Rittergut Kozuszkowa-wola, abgeschägt auf 26,505 Thlr. 28 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in einer anständigen Familie Wallischei

Mr. 87, zwei Treppen.

Eine Milchpacht zu vergeben in der Nähe Posens. Wo? in der Exped. dieser Stg. zu erfahren.

Gebeten Getreidekümme in verlakierten

Blaschen, beste Warschauer Stearin-

Licke und Patentstärke empfehlen.

Bromberg, den 10. Dezember 1860.

Der Bergbau - Aktiengesellschaft "Weichselthal".

Seitens des königl. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist die Genehmigung des, in der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre unserer Gesellschaft vom 16. Januar d. J. beschlossenen, auf die Kreirung von 95,000 Thlrn. Prioritäts-Stammaktien der Gesellschaft gerichteten Statutennachtrages beanstandet worden, weil dasselbe bei den stattgefundenen Erörterungen die Vermögenslage der Gesellschaft als eine bedenkliche erachtet, auch angenommen hat, daß die Angaben der Denkschrift vom 15. November v. J. zum Theil auf unrichtigen Voraussetzungen beruhen. Dabei hat das gedachte königl. Ministerium zugleich die Verzinsung der Aktien pro 1859 als unfäthig bezeichnet.

Nach der Bestimmung der königl. Regierung in Bromberg sollen dem ach die Aktionäre zu einer anderweiten außerordentlichen Generalversammlung zusammenberufen werden, um in obiger Beziehung die näheren Erfüllungen entgegenzunehmen, und sodann zu beschließen, ob sie, trotz dieser Erörterungen, und unter Berichtigung auf die nachträgliche Verzinsung ihrer Aktien pro 1859 bereit sind, Behufs Fortführung des Gesellschaftsunternehmens neue Mittel zu bewilligen.

Indem wir diese Bestimmung nachkommen, rufen wir zu dem angegebenen Zwecke die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft zu einer außerordentlichen Generalversammlung

zum 14. Januar 1861 Vorm. 11 Uhr in Moritz's Hotel in Bromberg

mit dem Bemerk ein, daß der Verwaltungsrath in derzeitigen zugleich seine den oben angekündigten Ansichten des Ministeriums entgegengesetzten Auffassungen über die Verhältnisse der Gesellschaft speziell darlegen wird.

Wir verweisen wegen der Legitimationsführung der erscheinenden oder vertretenen Aktionäre, so wie wegen der verbindlichen Kraft der zu fassenden Beschlüsse für die ausbleibenden oder nicht vertretenen Aktionäre auf die Vorschriften in den §§. 26, 28 und 29 des Gesellschaftsstatus.

Bromberg, den 10. Dezember 1860.

Der Verwaltungsrath.

Gänzlicher Ausverkauf.

Verzugshalber stelle ich mein am alten Markt Nr. 91 befindliches

Leinen- und Schnittwaren-Geschäft

zum gänzlichen Ausverkauf.

Da mir daran liegt, mein sehr bedeutendes Lager bis spätestens zu Neujahr zu räumen, so wird dem Publikum eine sehr günstige Gelegenheit geboten, die kourantesten

Sachen zu bedeutend herabgesetzten Preisen kaufen zu können.

Gleichzeitig fordere ich alle die Schuldner auf, mich spätestens Ende dieses Monats zu berichtigen.

Jacob Gutmacher.

Die Stickereien-, Gardinen-, Tüll-, Spitzen- und Weißwarenhandlung

von Wakarecy & Jerzykiewicz

(S. Diamant)

neben der Königl. Post,

empfiehlt ihr gut assortiertes Lager, vorzüglich eine reiche Auswahl in unten benannten Artikeln bei Einkäufen zum Billigste und reelle Bedienung ist Prinzip.

Gestickte Kragen von 1 Sgr. — 5 Thlr.

Gestickte Kragen und Manschetten von 5 Sgr. — 10 Thlr.

Gestickte Batisttücher von 10 Sgr. — 25 Thlr.

Glatte echte Batisttücher, Duhend. 5 Thlr. — 18 Thlr.

Gestickte Muss- und Tüllroben mit 1—2 Tupes, 3 und 7

Bolants, von 4 Thlr. — 35 Thlr.

Brillante Ballstoffe nach der Este und in abgepaften No-

bren a 7 Bolants.

Crepes, Tarlatans und 5 Verl. Ellen breite Brüsseler

Tülls in schönsten Lichtfarben.

Confectionierte Gegenstände, als: Fichus, Canezous, Berthen, Zuaven-Jacquettes, Häubchen und Coiffuren in schöner Auswahl.

Gardinen in allen Qualitäten und Breiten, von den einfachen bis zu den reichsten und schönsten Dessins, das Fenster

von 1 Thlr. 5 Sgr. an bis 22 Thlr.

H. Klug,

Posen, Friedrichsstrasse 33, empfiehlt:

Moderaturlampen,
Patent-Arbeitslampen,
Thee- und Kaffeemaschinen,
Thee- und Zuckerkasten,
Brot- und Fruchtkörbe,
Thee- und Kaffeebretter,
Nachtlampen, Taschenlaternen,
Wachsstock und Spärbüschchen,
Waschbecken und Wärmflaschen,
Solinger Messer und Scheeren,
Suppen-, Ess- und Kaffeelöffel,
Feuerzeuge und Ofenständler,
Leuchter in den neuesten Façons,
Wein- und Bierkühler,
Kruzifixe und Altarleuchter,
Taubenbecken und vieles Andere

Sparbüschchen, Messerbänchen, Serviettenringe, nebst vielen anderen zu Weihnachtsge- schenken sich eignenden Gegenständen.

Fabriktempel: Jürst & Adler.

Bielefeld's Conditorei,

vis-à-vis dem Stadttheater, empfiehlt ihre Zuckerwaren-Ausstellung zu äußerst billigen Preisen.

Weihnachts-Ausstellung

bei

Emil Siewerth

in Schrimm.

W. Röder, Käse, Mus, Wurst, Honig, Nüsse, Butter, Bacobst empfiehlt billig

W. Röder, Judenstraße Nr. 11.

Neusilber-Fabrik

und

Galvanisches Institut

von

H. A. Jürst & Co. in Berlin,

Riederlage

bei

August Klug in Posen,

Preslauerstraße Nr. 3,

empfiehlt ein wohlgefülltes Lager von Neu-

silber- und galvanisch versilberten Waaren, be-

stehend in

Kirchengeräthen, als: Altarleuchter

und Kannen, Kruzifixe, Kelche nebst Patenen,

Taupecken, Messpölchen nebst Unterfäßen;

Tafel- und Speisegeräthen, als:

Champagnerkühler, Tischlampen, Kaffeab-

lets, Menagen, Tafelleuchter, Flaschen- und

Gläseruntersätze, Terrinen, Gemüse-, Eß-

und Kaffeelöffel, Tischmesser und Gabeln,

zu billigen Preisen.

In unserm Verlage ist erschienen und in allen

Buchhandlungen zu haben:

Evangelisches Jahrbuch

für

die Provinz Posen,

auf das Jahr

1861.

Herausgegeben von

Bork,

Divisions-Prediger.

Brodt. Bei direkter Entnahme 4 Sgr.

Im Buchhandel 5 Sgr.

Inhalt.

Allgemeiner Überblick über die kirchlichen Ver-

hältnisse der Provinz.

Die evangelisch Kirche in Mogilno. (Mit Ab-

bildung.)

Allgemeine Übersicht der evangelischen Pfarr-

gemeinden der Provinz.

